

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

**Bezugsbedingungen:**  
Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ke 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—  
Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich

6. Jahrgang.

Freitag, 5. November 1926.

Nr. 258.

## Schreibt Neuwahlen für die Krankentassen aus!

Dem unerträglichen Zustand, daß die Krankenversicherungsanstalten nicht von gewählten Verwaltungskommissionen geleitet werden, wie es der Wunsch der Arbeiterklasse seit langem ist und wie als feststehend angekündigt wurde, durch Neuwahlen noch im Verlaufe des heurigen Jahres endlich ein Ende bereitet werden. Es scheint nun, daß die Regierung die Absicht hat, die Wahlen in die Krankenversicherungsanstalten vorläufig überhaupt nicht durchzuführen oder sie zumindest auf längere Zeit hinauszuschieben. Daraus deutet eine von den „Libove Noviny“ gebrachte Meldung hin, das Ministerium für soziale Fürsorge bereite einen Gesetzentwurf betreffend die Ernennung der neuen Funktionäre der Krankenversicherungsanstalten vor. Nach dieser Meldung sollen nicht nur die Vorstandsmitglieder der Krankentassen, sondern auch die Mitglieder der Aufsichtsräte, der Schiedsgerichte und der Versicherungsgerichte ernannt werden. Im Gesetze über die Sozialversicherung ist die Möglichkeit der Ernennung dieser Funktionäre nicht gedacht, darum müßte die Regierung um diese ihre angelegliche Absicht zu verwirklichen, ein eigenes Gesetz beschließen lassen. Als Vorwand für diese Maßnahme, die einen unerhörten Anschlag auf das Recht der Einbürgerung der Versicherten auf die Krankentassen bedeuten würde, dienen, so heißt es, der Regierung zwei Gründe. Nach dem Sozialversicherungsgesetz sollen selbständige landwirtschaftliche Krankentassen erst ab Neujahr begonnen werden soll. Bis Ende Dezember muß auch das Schicksal der kleinen Genossenschaftskrankentassen entschieden sein, deren selbständige Wirksamkeit durch eine Novelle zum Gesetz betreffend diese Sozialversicherung bis Ende des Jahres verlängert wurde. Erst nach Durchführung dieser beiden Forderungen hält die Regierung die Ausschreibung von Wahlen in die Krankenversicherungsanstalten für zeitgemäß. Es ist vorläufig kaum zu glauben, daß die Regierung sich wirklich mit dieser Absicht tragt, aber da man bei dieser Regierung und bei diesem Herrn Ministerpräsidenten als Fürsorgeminister und gerade auf alles gefaßt sein kann, so muß die Arbeiterklasse auch dieses unmögliche Ziel ins Auge fassen und sich rüsten. Die Durchführung dieser Absicht zu verhindern, ist selbstverständlich, daß ein solcher Plan, wenn seine Durchführung beabsichtigt werden soll, auf die leidenschaftlichste Abwehr und den stärksten Widerstand der Arbeiterklasse stoßen würde.

Um die Größe des Unrechtes zu ermessen, das mit der Verschiebung der Wahlen verübt werden würde, muß man bedenken: Seit Jahr und Tag fordert die Arbeiterklasse, daß die Wahlen in die Krankenversicherungsanstalten endlich durchgeführt werden, denn seit Beginn des Jahres wurden keine Neuwahlen für die Krankentassenleitungen vorgenommen, vielfach wurden sogar seit dem Jahre 1911 keine Neuwahlen mehr durchgeführt. Die Krankenversicherungsanstalten werden von Verwaltungsorganen geleitet, in deren Mitte nicht ein einziges Mitglied sich befindet, das durch freie Wahl der Versicherten mit diesem Amte betraut worden wäre. Es sei nicht geübelt, daß viele Krankentassen sich alle Mühe geben, den Ansprüchen der Mitglieder gerecht zu werden, aber die Tatsache, daß sie keine Ordnungsgemäß gewählten Vorstände besitzen und der Umstand, daß die heutigen amtierenden Vorstände gegenüber der Mitgliedschaft keine direkte Verantwortung tragen, hat die Mitglieder mit Mißtrauen und Unzufriedenheit erfüllt und hat die Krankentassen bei ihnen in schwersten Mißkredit gebracht. Hauptächlich diesem Umstand ist es zuzuschreiben, daß der Kampf der Arbeiter der Sozialversicherung schon in den ersten Phasen der Beratung des Sozialversicherungsgesetzes nicht geringen Erfolg hatte. Die Gegner der Sozial-

versicherung operieren mit der Behauptung, daß die Krankentassen Domänen der sozialdemokratischen Partei seien, eine Argumentation, der begegnet hätte werden können, wenn man sich entschlossen hätte, schon früher Wahlen für die Krankentassen auszusprechen. Unsere Partei hat seinerzeit dieses Verlangen trotz der Möglichkeit gestellt, daß dadurch die Verpflichtung entstanden wäre, zweimal die Wahlen durchzuführen, und zwar, einmal vor, das anderemal nach der Aktivierung der Sozialversicherung, doch haben damals leider die anderen sozialistischen Parteien mit Rücksicht auf die den Krankentassen bevorstehenden Arbeiten die Vornahme von Wahlen abgelehnt. Nach der Verabschiedung des Sozialversicherungsgesetzes im Parlamente machten verschiedene Umstände vorerst die Durchführung von Neuwahlen fast unmöglich, es fehlte bei der Durchführung des Gesetzes die erforderliche Energie, man ließ sich auf politische und nationale Schachereien ein und irrg allen möglichen und unmöglichen Wünschen nach Aufrechterhaltung lebensunfähiger Kassengebilde Rechnung, so daß sich die Konsolidierung der Verhältnisse nicht schon mit dem durch das Gesetz festgesetzten Termin des ersten Juli bewerkstelligen ließ. Zu Ende der letzten Parlamentssession erhoben die bürgerlichen Parteien überdies plötzlich die Forderung, daß die Genossenschaftskrankentassen, die bis dahin nicht aufgelöst wurden, weiter bestehen zu lassen und wie Gerüchte behaupten, tragen sich diese Parteien auch mit der Absicht der Abänderung des Sozialversicherungsgesetzes, um neben den landwirtschaftlichen Krankentassen überall auch die Errichtung von gewerblichen Krankentassen zu ermöglichen, was selbstverständlich das Gebilde der Sozialversicherung zerstören würde. Die Abänderung des Sozialversicherungsgesetzes soll auch dahin gehen, die Lehrlinge, die Hausgehilfen und die Heimarbeiter aus der Alters- und Invaliditätsversicherung auszuschneiden, ein Plan, der zumindest den einen Zweck verfolgt, vorläufig bis auf weiteres die Durchführung der Neuwahlen zu verhindern. Die Deutsche und Tschechischbürgerliche, die bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit behauptet haben, daß die Sozialisten Neuwahlen für die Krankentassen fürchten, sie sind selbst drauf und dran und bieten alles auf, diese Neuwahlen zu verhindern, um unter Ausnutzung ihrer gegenwärtigen Machtposition den Krankenversicherungsanstalten eine Verwaltung aufzuzuziehen, die der Herrscher und den Nachbungen der bürgerlichen Parteien entspricht.

Aber es handelt sich um die Verwaltungsansprüche der Krankenversicherungsanstalten nicht allein. Im Sozialversicherungsgesetz ist die Errichtung eigener Schieds- und Versicherungsgerichte vorgesehen, durch welche Einrichtung den trüben Zuständen, die bis jetzt in Bezug auf das Verfahren und die Gerichtsbarkeit in Streitfragen in den Krankentassen herrschen, ein Ende bereitet werden würde. Der betreffende Abschnitt des Gesetzes hat entgegen seinem ursprünglichen Texte, eine wesentliche Verschlechterung erfahren, dennoch bedeutet er gegenüber dem bisherigen Zustand eine nicht zu unterschätzende Verbesserung, da dadurch jedem Mitglied die Möglichkeit gegeben wäre, seine Beschwerden bei einer Versicherungsinstanz anhängig zu machen, deren Zusammenlegung die Gewährung einer objektiven Prüfung der Beschwerden sichern würde. Auch diese Bestimmungen des Gesetzes soll durch die Verhinderung der Wahl entwertet werden.

Für die Verhinderung oder auch nur die Hinausschiebung der Wahlen fehlt jeder stichhaltige Grund. Wenn geltend zu machen versucht werden sollte, daß auch die Frage der eigenen Organisation der Krankentassen der Privatangestellten noch nicht bereinigt ist, um damit die angebliche Notwendigkeit der Verschiebung zu begründen, so erwidert auch dieses Argument jeder Berechnung, denn das Ministerium für soziale Fürsorge könnte dem erwähnten Umstand dadurch Rechnung tragen, daß später nach Errichtung der landwirtschaftlichen Krankentassen und der Regelung der Organisation der Krankentassen für die

Privatangestellten, die in diesen Gruppen gewählten Vorstandsmitglieder ausscheiden und eine Ergänzung der Verwaltungsorgane durch Ergänzungen erfolgt. Aber es liegt auf der Hand, daß dies alles für die Regierung und die bürgerlichen Parteien nur Vorwände sind. Worum es geht, das ist mehr als deutlich sichtbar: die Versicherten sollen auch weiterhin um das primitivste Recht der Mitverwaltung bei den Institutionen, die sie aus ihren Mitteln erhalten, geprellt werden. Durch die Regierung oder durch die Zentralversicherungsanstalt sollen Organe eingesetzt werden, die unmöglich das Vertrauen der Mitglieder genießen können. Die erste Bedingung für die Erringung der Zufrieden-

heit der Versicherten muß sein: für die Sozialversicherungsinstitute das unbedingte Vertrauen der Versicherten zu gewinnen und diese unmittelbar an den Institutionen Anteil gewinnen zu lassen. Die Regierung sei davor gewarnt, einen Weg zu betreten, und eine Last zu begeben, die den ohnehin bestehenden Unwillen der Arbeiterklasse zur Empörung steigern müßte. Gegenüber den Meldungen von der Absicht, die Krankenversicherungsanstalten auch weiterhin nicht jenen Händen zu übergeben, in die sie gehören, das ist in die Hände der Versicherten, muß der stürmische Ruf erhoben werden: Macht dem heutigen Zustand ein Ende! Schreibt Neuwahlen für die Krankentassen aus!

## Mayr-Harting unter Kuratel!

Er darf vor dem Budgetausschuß nicht sprechen, sondern muß sich durch einen Sektionschef vertreten lassen.

Prag, 4. November. Heute kam es während der Spezialdebatte des Budgetausschusses über den Staatsvoranschlag zu einem bemerkenswerten Vorfall, der deutlich aufzeigt, daß die deutschen Minister nichts anderes als willenlose Werkzeuge in den Händen ihrer tschechischen Koalitionsfreunde sind und sich bedingungslos deren Kommando fügen müssen.

In der Vormittagsitzung des Budgetausschusses hätte nach den ursprünglichen Dispositionen das Budget des Justizministeriums gleichzeitig mit dem des Innenministeriums beraten werden sollen. Der deutsche Justizminister Mayr-Harting hatte sich den parlamentarischen Gepflogenheiten gemäß noch vor Beginn der Sitzung eingefunden, um bei den Beratungen über den Voranschlag seines Ressorts persönlich anwesend zu sein. Da nach der Geschäftsordnung Minister vor dem Parlamente sich der Staatsprache bedienen müssen, andererseits Herr Mayr-Harting bekanntlich aber nur sehr schlecht tschechisch kann, bestand die immense Gefahr, daß der Minister bei der eventuellen Beantwortung einer an ihn gerichteten Anfrage oder während des üblichen Exposés sich mit seinen tschechischkenntnislosen Blomiert oder — was natürlich noch schrecklicher gewesen wäre — am Ende gar anzufängt, deutsch zu reden. Vielleicht hatte Herr Mayr-Harting auch wirklich die Absicht, via facti gegen die Geschäftsordnung zu rebellieren und ein paar deutsche Worte zu sprechen, sei es auch nur, um seinen deutschen Ministerkollegen Spina in der „Verteidigung deutscher Belange“ um eine Rosenlänge zu schlagen.

Jedenfalls ahnte der Vorsitzende des Ausschusses, der tschechische Agrarier Pradač, schon nach der umfangreichen Aktienmappe des Ministers das kommende Unheil und warf sich sofort auf das entscheidendste zum Hüter der Staatsprache auf.

Der Budgetausschuß nahm wegen des eingangs erwähnten Zwischenfalles nach dem Schlusswort der Referenten zu den gestern behandelten Kapiteln zunächst das Budget des Innenministeriums vor; der Referent Rybář rühmte die Sparbarkeit, die sich in diesem Budgetkapitel finde, und brachte verschiedene Wünsche wegen des in Vorbereitung befindlichen neuen Vereins- und Versammlungsgesetzes vor, das bezüglich des Versammlungsschutzes strengere Bestimmungen aufnehmen sollte. Sodann stellte er an den Minister Fragen bezüglich der Erfahrungen mit der Ganzeinteilung und ihrer Anwendbarkeit auf die historischen Länder.

In der Debatte führt  
**Genosse Hadenberg**

Beschwerde darüber, daß die Mehrheitsparteien nicht der Mühe wert finden, in die Budgetberatung einzugreifen. Wir haben es zwar mit keiner regelrechten Debatte zu tun, sondern nur mit einer Kritik des Voranschlags durch die Vertreter der Oppositionsparteien. Was den Etat des in Verhandlung stehenden Ressorts betrifft, so ist im Wochenbericht die Reform verchiedener Gesetze angegeben worden, so unter anderem des Volkszählungsgesetzes; da wäre es wünschenswert zu erfahren, ob ein neues Volkszählungsgesetz ausgearbeitet werden soll oder ob es sich nur um jenes Gesetz handelt, welches bereits verhandelt wurde. Das selbe wäre zu sagen vom Minister-Vermögensverteilungsgesetz, da dies auch keine neu einzubringende Vorlage ist, weil dieses Gesetz

indem er noch vor Beginn der Sitzung mit dem Minister verhandelte und ihm nahelegte, von seinem persönlichen Erscheinen im Budgetausschuß Abstand zu nehmen und lieber einen Sektionschef als Stellvertreter zu schicken. Da Mayr-Harting darauf nicht sofort eingehen wollte, nahm man — um Zeit zu gewinnen — im Ausschuß zunächst das Budget des Innenministeriums in Beratung und verhandelte weiter über die Beilegung dieses Zwischenfalles; den Beratungen wurde auch der Klubmann der Agrarier Windisch zugezogen und schließlich als oberste Instanz der Ministerpräsident Svobla angezogen.

Schließlich aber zog Mayr-Harting aber doch den kürzeren und wurde hübsch nach Hause geschickt. Als abends gegen 7 Uhr das Budget des Justizministeriums zur Verhandlung kam, verkündete der Vorsitzende, daß sich der Herr Justizminister wegen seiner Abwesenheit entschuldigen lasse; an seiner Stelle werde der Sektionschef Dr. Hartmann auf alle in der Debatte gestellten Anträgen Auskünfte erteilen.

Der Herr Justizminister ist kurz vor dem Eintritt in die Regierung als Verfechter der Theorie aufgetreten, ohne vorhergehende Vereinbarungen in die Regierung hineinzugehen; wenn die Deutschen einmal drinnen seien, dann würde sich schon ganz von selbst ihr Einfluß allmählich Bahn brechen. Er hat mit dieser Prognose nun das erstmal täglich Schiffsbruch gelitten und ist von seinen tschechischen Koalitionsfreunden wie ein Schuldbuch nach Hause geschickt worden, als er das erstmal vor der parlamentarischen Öffentlichkeit als Minister auftreten sollte. Die deutschen Minister sind eben nur als Aufspuh dem Ausland gegenüber gedacht; im übrigen müssen sie willfährige Puppen der tschechischbürgerlichen Mehrheit sein. Tun sie das nicht, dann bekommen sie schärfste die starke Hand zu spüren!

in Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses bereits in Beratung gezogen wurde und ein Subkomitee eingesetzt worden ist. Nach ein anderer Gesetz von ähnlicher Wichtigkeit, u. a. so, das über den Wirkungsbereich der einzelnen Ministerien, denn es wäre an der Zeit, daß der Wirkungsbereich der Ministerien abgegrenzt werde. Der Berichterstatter hat auch über die Reform des Vereins- und Versammlungsgesetzes gesprochen, doch kann seinen Ausführungen hierüber nicht zugestimmt werden, denn das Vereinsgesetz und das Gesetz über den Schutz der Versammlungsfreiheit enthält Bestimmungen, welche für die Leiter der Versammlungen genügend Schutz bieten. Wir brauchen die Reform des Vereins- und Versammlungsgesetzes aus dem Grunde, weil das Gesetz bereits veraltet ist und den gegenwärtigen Verhältnissen durchaus nicht entspricht. Die geplante Schaffung neuer staatlicher Volksämter hält Genosse Hadenberg für überflüssig und führt Beschwerde über das Vorgehen der Staatspolizei in Karlsbad und Reichenberg. Der Vorschlag der Erlangung des Staatsbürgerrechtes ist äußerst langwierig und sollte vereinfacht werden. Der Aufwand, der für die Slowakei getrieben wird, überrascht durch seine unverhältnismäßige Höhe. Insbesondere möchten wir Aufmerksamkeit heben, warum der Aufwand für die Gemeindevahlen so hoch ist. Der Aufwands, ob mit der baldigen Durchführung der Gewerfassung zu rechnen ist, schließen wir uns an. Alles in allem haben wir keine Veranlassung, mit der Verwaltung dieses Staates zufrieden zu sein.

Die Debatte wurde nachmittags fortgesetzt; der Innenminister war die ganze Zeit hindurch anwesend. Windisch (W. d. L.) befaßt sich mit der Sonntagfrage und wünscht, daß die Bestimmungen über die Sonntagfrage „den Verhältnissen angepaßt“ werden und daß das Ministerium die Bestimmungen über die Einhaltung der Sonntagfrage am Staatsfeiertag genau interpretiere und entscheide, ob die Landwirte an diesen Tagen arbeiten dürfen oder nicht. Der Volksparteier Hvozdit verweist sich gegen die Unterstellung, daß die slowakische Volkspartei eine staatsfeindliche Partei sei. Kallina beschwert sich über die ungerade Zusammenfassung der Bezirksverwaltungscommissionen und fragt, ob die Regierung überhaupt an Neuwahlen in diese Körperschaften denkt.

Schließlich ging der Innenminister Cerny ausführlich auf die in der Debatte gestellten Anfragen ein u. versicherte, daß er alle vorgebrachten Beschwerden genau prüfen werde. Bezüglich der politischen Seite der Verwirklichung der Garantieung müsse er auf die feinerzeitige Regierungserklärung vom Dezember vorigen Jahres verweisen; als Frachmann sei er dafür, daß diese Frage möglichst schnell gelöst und die Zwischenzeit zu Vorbereitungen benützt werde.

Dann wird nach dem Schlusssatz Rybats das Budget des Justizministeriums vorgenommen. Nach dem einleitenden Referat des Berichterstatters Matoušek bringt der Vorsitzende die Entschuldigung Mayr-Harings vor. Es sprechen noch u. a. der Kommunist Solen, Patejdl (tsch. Nat. Soz.) und Chajupa (tsch. Soz. Dem.). Daraufhin wird die Sitzung um 7 Uhr 30 abend beendet. Nächste Sitzung morgen 9 Uhr vormittag.

**Winta in Prag.** Wie die „Lid. Robin“ berichtet, hat gestern der in Rosenberg unter dem Vorsitz Hlinkas tagende Vollzugsausschuß der slowakischen Volkspartei einstimmig die Beschlüsse der vorausgegangenen Konferenz der parlamentarischen Klubs der Partei genehmigt und die Bedingungen festgelegt, die für den Eintritt in die Regierung aufgestellt werden sollen. Diese Bedingungen stimmen mit den von uns gestern gemeldeten im wesentlichen überein und erstrecken sich auf folgende Punkte: 1. Das Ministerium für die Slowakei soll durch einen vollparteilichen Minister besetzt werden; 2. verlangen die Slowaken außerdem noch ein Ressortministerium; 3. sollen an die Spitze der slowakischen Reserate in allen Ministerien gebürtige Slowaken gestellt werden; 4. drei slowakische Zupane; 5. eine selbstständige Filiale des Bodenamtes für die Slowakei; 6. Rückgabe der beschlagnahmten kirchlichen Besitzungen; 7. Lösung der slowakischen Beamtenfrage; 8. Bekämpfung der Wirtschaftskrise mit Hilfe der Regierung.

Bezeichnend ist, daß die „Opposition“ unter Führung Jurigas während der gestrigen Beratungen sich überhaupt nicht mehr äußerte und die Ansichten der Mehrheit bedingungslos akzeptierte.

Die nach Prag entsendeten Unterhändler sind außer Hlinka die Parlamentarier Buday, Dr. Tiso und Kramar, denen die Abgeordneten Luka und Rabasz als Rechtsberater beigegeben sind; die Deputation ist bereits Donnerstag früh in Prag eingetroffen.

Genosse Senator Dunder — Sekretär der tschechischen Sozialdemokratie. Wie das „Pravo Lidu“ mitteilt, ist der bisherige Generalsekretär der tschechischen Sozialdemokratie Genosse Jaroslav Karel aus gesundheitlichen Gründen von seinem Posten zurückgetreten. Sein Nachfolger ist Senator Genosse Dunder, der bisher Sekretär des Verbandes der tschechischen Metallarbeiter gewesen ist.

**Die tschechische Sozialdemokratie und die Steuerreform.** Der Klub der tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten hielt vorgestern eine Sitzung ab, in der Genosse Dr. Weisner ein Referat über die Steuerreform und den Entwurf betreffend die Regelung der Finanzen der Selbstverwaltungskörper hielt. Er wies auf eine ganze Reihe von Bestimmungen hin, welche äußerst ungerecht und für die tschechische Sozialdemokratie unannehmbar sind. Die Annahme der beiden Ge-

setze hätte eine Vernichtung der Selbstverwaltungskörper zur Folge. Der Klub beschloß dem Ministerpräsidenten und Finanzminister seinen Standpunkt in der Frage der Steuerreform vorzutragen. — Sonntag fand in Pilsen eine Gemeindevereinerkonferenz der Angehörigen der tschechischen Sozialdemokratie statt, welche gleichfalls gegen die beiden Gesetzentwürfe Stellung nahm.

## Um die Sozialpolitik und Selbstverwaltung der Gemeinden.

### Die Wirkungen des neuen Gemeindegesetzentwurfes.

I.

Schon zu Beginn des vorigen Jahres wurde eine Studie zum Entwurf eines Gesetzes, womit einige Bestimmungen über die Finanzangebarung der territorialen Selbstverwaltungsverbände neu geregelt werden sollten, vorgelegt. Diese Studie mußte infolge des entschiedenen Widerstandes der Selbstverwaltungskörper und ihrer Interessenverbände zurückgestellt werden. Nun liegt neuerdings der Referententwurf eines solchen Gesetzes und zwar in veredelter Form vor und der Finanzminister Dr. Engliš rechnet allen Ernstes damit, daß die Regierung den Entwurf übernimmt und die „neue historische Wahrheit“ der tschechischen und slowakischen, bürgerlichen, liberalen und agrarischen Klassenparteien des Parlamentes denselben zum Gesetz macht. Dr. Engliš vertritt die Ansicht, daß die Ausgaben der Selbstverwaltungskörper unbedingt restringiert werden müssen und zwar noch vor Schaffung eines definitiven Finanzsystems für die autonomen Verbände, weil die Gemeinden — so steht es wenigstens im Motivenbericht — „nicht immer die strengste Sparsamkeit beobachtet haben“, weil es in den Gemeinden „hie und da zur Ausschreibung von Zuschüssen bis zu 1000 Prozent gekommen ist, weil sie „überstürzt“ nach Jahrhunderten Aufgaben erfüllen wollten, die vorher nicht erfüllt worden sind und die Leichtigkeit, sich die Bedeckung zu verschaffen, zu minder zweckmäßigen oder auch leinodweg unerlässlich notwendigen Ausgaben führten.

Diese Restringierung soll nun nach dem vorliegenden Referententwurf, der nichts vom prof. fischen Verständnis für die Aufgaben und Sorgen der Selbstverwaltungskörper verrät, so gründlich gemacht werden, daß in erster Reihe die durch den sozialdemokratischen Einfluß betriebene Sozialpolitik in den Gemeinden und Bezirken mit einem Schläge beseitigt werde und die Selbstverwaltungskörper auf die Almosen der Regierung angewiesen bleiben, welche so gering sein werden, daß den Gemeinden schließlich entgültig der Atem ausgeht. Die Selbstverwaltungskörper sollen entgültig in unter Kuratel der staatlichen Aufsichtsbehörden stehende Exekutiv-Organ der zentralistischen Staatsverwaltung degradiert werden.

Die Tendenzen des Gesetzentwurfes richtet sich also vor allem gegen die Autonomie der Selbstverwaltungskörper. Die eigene Finanzangebarung besonders der Gemeinden, wird in enge Schranken geprengt und schließlich werden die Selbstverwaltungskörper auf die „nach Möglichkeit“ und „freiem Ermessen“ von den höheren Aufsichtsbe-

hörden zu gewährenden Zuschüsse aus einem zu schaffenden Dotierungsfonds verwiesen. Der Einfluß der höheren Aufsichtsbehörden auf die Bedeutung der Gemeinden und Bezirksverwaltungscommissionen wird gegenüber dem bisherigen Zustand vermehrt und erweitert. Nach dem Gesetzentwurf haben besonders die Landesverwaltungscommissionen, die Finanzlandesdirektionen und endlich die Regierung die Pflicht, die Boranschläge der Gemeinden nicht nur hinsichtlich der Vollständigkeit und Gesetzmäßigkeit sondern auch hinsichtlich der Zweckmäßigkeit zu prüfen. Den höheren Aufsichtsbehörden wird nicht nur das Recht eingeräumt, sondern zur Pflicht gemacht, geeignete Änderungen im Erfordernis oder der Bedeckung der Boranschläge durchzuführen, Ausgabeposten herabzusetzen, zu verschleiben oder ganz auszuscheiden. Die Landesverwaltungscommissionen können also künftig darüber entscheiden, ob in einer Gemeinde eine Wasserleitung, eine Kanalisation, ein Schulgebäude, eine Bade- oder Fürsorgeanstalt notwendig ist oder nicht. Sie könnten die Ausgaben für das Armenwesen, für Gehalte und Löhne, für Jugend- und Schülerfürsorge, für eine Fürsorgeeinrichtung, eine Kunst- oder Kulturanstalt kürzen oder ganz streichen und zum Beispiel die Erhöhung der Mietzinsen in den Gemeindefohnhäusern willkürlich anordnen. Sie könnten auch anordnen, daß die Züge der in der Gemeinde bestehenden Mietzins-, Wasser-, Gas-, Elektrizitäts- oder sonstigen Abgaben erhöht oder solche oder andere Abgaben neu eingeführt werden. Sie können die Aufnahme eines Gemeindefarlehens verweigern, ohne einen Grund anzugeben, einem Gemeindevorsteher die Remuneration streichen, den anderen belassen oder erhöhen.

Ist eine derartige Bevormundung der Selbstverwaltungskörper, eine argge Verhöhung der primitivsten Begriffe über Demokratie und eines auf einer gewissen Kulturstufe stehenden Volkes höchst unwürdig, so kommt in der tschechoslowakischen Republik noch das nationale Moment als erschwerend hinzu. Die höheren Aufsichtsbehörden sind ganz in den Händen der tschechischen Staatsnation. Tschechische Beamte würden im Falle der Annahme des Gesetzentwurfes darüber entscheiden, ob und in welchem Ausmaß in einer deutschen Stadt Sozialpolitik betrieben und Kulturarbeit geleistet werden kann, ob eine Hilfsschule, eine Schulzubehörfnis eingerichtete und betrieben, die Armenpflege und das Gesundheitswesen ausgebaut, ein Theater erhalten werden darf oder nicht. Sie würden darüber entscheiden, ob und wieviel eine deutsche Gemeinde aus dem staatlichen Do-

tierungsfonds erhalten, ob sich die Gemeinde entwickeln kann oder verdorren muß; kurz, was für einen modernen, praktischen Gemeindevorsteher unüberwindlich, für einen Bürger eines Staates mit freier und geübter Selbstverwaltung unfaßbar ist, findet sich im Entwurf des Herrn Dr. Palnizel, den nunmehr auch der gegenwärtige tschechoslowakische Finanzminister, deckt.

In erster Reihe sieht der Gesetzentwurf eine Beschränkung der Zuschläge der Selbstverwaltungskörper zu den Staatssteuern vor. Der höchstzulässige Satz der Zuschläge soll betragen: bei den Ländern 100, bei den Bezirken 110 und bei den Gemeinden 200 Prozent, gegenüber der bisher wenigstens theoretisch unbeschränkten Zuschlagsmöglichkeit. Im vorjährigen Entwurf war die Höchstgrenze der Zuschläge bei den Ländern und Bezirken mit je 150, bei den Gemeinden mit 250 Prozent vorgesehen. Der Motivenbericht zum Gesetzentwurf schweigt sich vollkommen darüber aus, aus welchem Grunde diese Herabsetzung der Höchstgrenze der Zuschläge um insgesamt 90 Prozent erfolgte, obwohl eine Aufklärung gerade darüber sehr notwendig wäre. Welche Folgen eine derartige Beschränkung der einzigen elastischen und wichtigsten Einnahmsquelle der Selbstverwaltungskörper zeitigen muß, kann man sich beiäufig vorstellen, wenn man erwägt, daß im Jahre 1925 von den 207 Bezirken Böhmens nur drei, von den hundert Strahenzirken Mährens und Schlesiens nur zwei, nicht mehr als 110 Prozent Umlagen einheben, daß von den 1953 Gemeinden des Handelskammerbereiches Südmährens, Reichendeta und Königgrätz nur 960, also nicht einmal die Hälfte nicht mehr als 200 Prozent Gemeindecumlagen einheben, andererseits aber von den 207 Bezirken Böhmens einundfünfzig mehr als 300, von den hundert Strahenzirken Mährens und Schlesiens fünfundsünfzig mehr als 300, von den 1953 Gemeinden der drei Handelskammerbereiche 577 mehr als 300 Proz. Umlagen einheben müssen, um den Abgang des ordentlichen Gemeindehaushaltes zu decken. Dazu kommt aber noch, daß künftig der Abgang des Schulvoranschlags nicht mehr wie bisher durch eine eigene Schulumlage gedeckt werden soll, sondern in den ordentlichen Teil des Gemeindevoranschlags eingestellt und gemeinsam mit dem Abgang des ordentlichen Gemeindehaushaltes zu decken wäre. Weiters, und das ist sehr wichtig, wird die Grundlage der Zuschläge der Selbstverwaltungskörper bedeutend herabgesetzt und zwar bei der besonderen Erwerbsteuer von 10 auf 8 Prozent, wozu noch die Beschränkung bei der besonderen Erwerbsteuer kommt, die samt allen Zuschlägen von 80 Prozent des Reinertrages auf 60 Prozent herabgesetzt werden soll. Dadurch werden ganz automatisch die Zuschläge steigen, ohne daß sich das Erfordernis der Selbstverwaltungskörper erhöht.

Für den durch diese Beschränkungen bedingten enormen Ausfall an Einnahmen sollen die Selbstverwaltungskörper durch Zuweisungen des letzten Drittels der Gebäudesteuer und mit einem Beitrage aus dem neu zu schaffenden staatlichen Dotierungsfonds abgepreßt werden. Gemeinden, welche im vorangegangenen Jahre, also im Jahre 1925, mehr als 150 Prozent Umlagen eingehoben haben, sollen die ganze Gebäudesteuer erhalten. Gemeinden, welche auch mit den vollen 200 Prozent nicht im Stande sind, den Abgang zu decken, erhalten „nach Möglichkeit“ einen Betrag aus dem Dotierungsfonds unter der Bedingung, daß das Abgaben- und Gebührensystem in der Gemeinde

## Die Untersten.

5 Roman von Victor Roda.

„Na, der kommt da ja'n! Deibel noch mal!“ Er wachte mit der Zerwetzte Kopf und Nacken. „Heiß heute, — was Vater?“ fragte einer herüber mit lauemundem Munde. „Hundstage. Heut war'n wir'n fünfundzwanzig in Schatten.“ „Was — fünfundzwanzig?“ rief ein anderer zweifelnd. „Wensch, Du glaubst et nich? Ich hab's doch selber gesehn!“ „Du kannst ja nich kneist'n, Wensch!“ lam's höhrend zurüd. „Gelächter.“ So machte man Stimmung. Immer größer wurde der Kl. Der Lärm der Musikanten schwoll an. Bald konnte man sich nur noch schreiend unterhalten. Dabei wurden die Rechten rasch beiz und trocken und man schlachte unermüdet das Bier, das nichts kostete. „Loden-Willen“ wollte ein Lied singen und wandte sich deswegen an seinen Freund, den „Schloffer-Karl“, er möge Ruhe gebieten. „Schloffer-Karl“ erhob sich und schlug mit der Faust auf den Tisch. „Ruhe! — Ruhe! — Loden-Will'n wird den'n sing'n!“ Und setzte sich wieder so schwerfällig vorrichtig, wie er sich aufgerichtet hatte. Zufrieden mit sich. Der Sänger stand schon in Pose. Einzigler Bädergeselle. Gesicht wie aus Teig. Um Augen, Mund und Nase häßlichen geschoben. Die bartlosen lappigen Lippen zogen Fäden, wenn sie sich öffneten. Schlechte Zähne. Den Spottnamen verdankte er der Haarrolle, die die weiche Stirn fast ganz verdeckte. Er legte die Hand auf die Weste, steckte die Finger zwischen die Knöpfe und wartete, bis es richtig ward.

Lächelnd vernahm er sich: „Bitte die verehrten Damen und Herren den Respektung kräftig mitzuführen.“ Man erwies seiner Bildung gebührende Achtung. Und Loden-Willen sang: „In einem Städtchen bei einem tiefen Tale sah einst ein Mädchen an einem Wasserfaale. Sie war so schön, so hold wie Milch und Blut und war von Herzen einem Räuber gut.“ Loden-Willen gab das Zeichen, und größtend fiel der Chor ein: „Sie war so schön, — so hold wie Milch und Blut — und war von Herzen einem Räuber gut.“ Oskar sang statt „Räuber, Mörder“. Dabei stieß er, böse lachend, keine beiden Mädchen an, um sie zu veranlassen, daß sie fangen wie er. Das Lied war allen bekannt, und der Chor, zu wenig diszipliniert, als daß er erst beim Refrain eingeseht hätte. Schon der zweite Vers wurde von Anfang an von allen mitgebrüllt. „Du armes Kind, Du daseist meiner Seele, ich aber muß in meine Räuberhehle. Du kommst bei mir hineinset nicht länger sein; ich aber muß von Dir geschieden sein.“ Oskar sah Paulinen höhnisch an. Statt „Räuberhehle“ schrie er „Mörderhehle!“ Franzgen mit Blicken herauszufordern, wagte er noch nicht. Der Spitze die Ohren und keine Hände ballten sich fester. Vaters Gesicht glühte. Paula aber wurde weiß wie die Seide ihres Kleides. Sie legte ihre Hand beschwichtigend auf Franzgens Arm.

Der dritte Vers stieg: „Nimm diesen Ring, Und wolle Dich wer fragen, sprich: Den hat einst ein Räubersmann getragen. Hat Dich geliebt bei Tag und bei der Nacht, und hat so viele Menschen umgebracht.“ Nun schleuderte Oskar dem Nebenbuhler den „Mördermann“ frech ins Gesicht. Franz wartete in unveränderter Haltung das Ende des Liedes ab. Er fühlte, wie die junge Frau an seiner Seite bebte. Seine Halsmuskeln strafften sich. Der Unterleifer rückte vor. Die Augenbrauen drängten aneinander, indem an der Nasenwurzel eine tiefe Hautfalte entstand. Die schweren Hände lagen so fest geballt auf dem Tafeltuche, daß sich die Knöchel in der roten Haut hell markierten. Tiefe Röte stieg ihm bis in die Stirne, als er aller Blicke auf sich gerichtet fühlte. Das Lied war verklungen. Eine Sekunde lang war's ganz still. Paula glaubte, ihr Herzblinde stehen. Franz erhob sich. Die Hände in die Hosentaschen verheult, schritt er, um die Tafel herum, zu Oskars hin. Wiegend nach Seemannsart. Oskar tat unbelümmert. Er machte sich über die vor ihm stehende Bratenküchle her. Die beiden Hände hantierten ungeschickt mit der stolzfingigen Gabel und dem geschweiften Transiermesser. Er merkt, daß der Andere hinter seinem Stuhle wartet, zieht den Kopf ein, wie Schildkröten zu tun pflegen, und wirft einen Blick nach der Seite. „Komm' ma' raus“, sagte Franz. Oskar tat, als hätte er nichts gehört. „Sollst ma' raus komm'!“ wiederholte Franz mit scharfer Betonung.

Pauline springt auf. Schon sieht sie neben ihrem Manne: „Franz — Franz!“ Sie hängt sich an seinen Arm. Er schüttelt sie barsch ab. „Hab da nich so!“ „Ach Franz — Franz —!“ Die Aufregung lodert empor. Die Gäste frängen zuhaut. Jeder will schlachten: „Wensch, Franzke, sei danntsch!“ „Oskar, dummer Hund —“ „Kinderch — je-miet-ich — hup!“ „Sieke! — Sieke!“ „Mach keen'n Quatsch, Franzke!“ „Sieke! — Sie-ke!“ Die Musikanten lärmten, so viel ihre Instrumente nur hergeben. „Kannst dein jisset Maul nich halt'n“ zischelt die rothaarige Dirne. „Halt da doch deins!“ verleidigt die Schwester den Bruder. „Der wech ganz genau, wat er tut!“ Der Brautvater bemüht sich währenddem, in den händelerschaukelnden Menschenknäuel einzubringen. Er ist ganz außer sich vor Reiz und Groll und vor Angst um sein Kind. Bald hier, bald dort bohrt er seine kurzen Arme in eine Lücke, um sich durchzupressen, sich Bahn zu brechen zu Paula hin. Niemand achtet seiner Anstrengungen. Man stößt ihn beiseite, und schließlich schiebt er sich ganz hilflos an die Wand gedrückt. Die aufregenden Geberden all der betrunkenen Menschen, ihr Gezeier, das Jertzen an seinen Armen — all das erregt Franzgen noch mehr. Ein Auf —; er steht befreit von den vielen hemmenden Händen. Da schneilt Oskar vom Stuhle auf. „Das Messer!“ (Fortsetzung folgt.)

ordentlich ausgebaut und die Bestimmungen der Gehaltsfeste über Gehaltsreduzierung und Beamtenabbau durchgeführt sind. Die Bezirke mit hohem 100 Prozent Zuschlägen im Jahre 1926 erhalten „nach Möglichkeit“ einen Betrag aus dem Dotierungsfonds, wenn sie die Bestimmungen der Gehaltsfeste durchgeführt und ihre Aufsichtspflichten gegenüber den Gemeinden ordnungsmäßig erfüllt haben. Die Länder und Gauen erhalten 5 bis 10 Prozent der in ihrem Bereiche eingeschätzten Umsatz- und Luxussteuer, während ihnen die Grundsteuer, welche in den Dotierungsfonds fließen soll, entzogen wird. Der schon erwähnte Dotierungsfonds, welcher durch die höheren Aufsichtsbehörden verwaltet werden soll, wird gebildet durch Zuweisung von 10 Prozent der Umsatzsteuer, der ganzen Grundsteuer, jenes Teiles der Gebäudesteuer, die nicht den Gemeinden zufällt (bis 150 Prozent Zuschläge) und aus einem Teil der Zuschläge zur allgemeinen und besonderen Erwerbsteuer jener Unternehmungen, deren Angestellte mindestens zu einem Viertel in anderen Gemeinden als dort wo die Betriebsstätte ist, wohnen (4/5 und 85, Absatz 6, des Gehaltentwurfes über die direkten Steuern).

Ziffernmäßig stellt sich nach diesen Bestimmungen folgendes heraus: Die Gemeinden verlieren den Anteil von 5 resp. 10 Prozent der Umsatz- und Luxussteuer, was nach der Verteilung im Jahre 1923, 77 Millionen K<sup>ö</sup> ausmacht. Dafür sollen die Gemeinden anstatt der bisherigen Hälfte, resp. zwei Dritteln der Gebäudesteuer im Betrage von 54,2 Millionen K<sup>ö</sup>

die ganze, aber nach dem Gehaltentwurf über die direkten Steuern auf 55,38 Millionen Kronen herabgesetzte Gebäudesteuer erhalten. Die Gemeinden würden also rund 12 Millionen K<sup>ö</sup> verlieren, die Bezirke, welche bisher mehr als 100 Prozent Umlagen eingehoben haben, würden verlieren: den Sprozentigen Anteil an der Umsatz- und Luxussteuer, d. h. 62,321 Millionen K<sup>ö</sup> nach der Verteilung im Jahre 1923, und erhält nichts. Die Länder würden verlieren: die Grundsteuer im bisherigen Betrag von 42,974 Millionen K<sup>ö</sup> und einen Anteil von 5 resp. 10 Prozent der Umsatz- und Luxussteuer erhalten. In dem Dotierungsfonds würde die Grundsteuer im Betrage von 45,9 Millionen K<sup>ö</sup> und 10 Prozent der Umsatz- und Luxussteuer, abzüglich der pauschalierten im Betrage von 136,967.123 K<sup>ö</sup> und der Teil der Zuschläge der allgemeinen und besonderen Erwerbsteuer jener Unternehmungen, deren Angestellte mindestens zu einem Viertel in einer anderen Gemeinde wohnen, welcher ziffernmäßig nicht bekannt ist, aber nicht von Belang sein wird, zufallen. Dabei darf nicht außer acht gelassen werden, daß der Anteil an der Umsatzsteuer immer kleiner wird, weil die Pauschalierung fortgeschritten, was auch dem Finanzministerium bekannt sein muß. Wie mit den geringen Mitteln des Dotierungsfonds, die durch die Beschränkung der Zuschlagssätze entstandenen Abgänge, welche bei den Gemeinden und Bezirken viele Hunderte Millionen Kronen betragen, gedeckt werden sollen, ist unerfindlich.

(Schluß folgt.)

„In einer Nacht voriger Woche mußte ich einer Fabrikarbeiterfrau geburtsähnlichen Beistand leisten, sie wohnte in einem Raum, der früher eine Scheuer oder Stall war. Der Raum reichte höchstens im Notfalle für 2 bis 3 Personen hin, darin wohnen aber jetzt mit dem neuangekommenen Kinde 8 Personen aus verschiedenen Generationen und Familien. Nun das Entsetzliche noch! In diesen Zuständen leben an offener Luftunterkühlung und waren sogar schon in Lungenheilstätten und Spitäler.“

Ueber die Wohnungsstände am Lande berichtet Distriktsarzt Dr. Markgraf:

„Bei meinen Dienstreisen im Königberger Sanitätsdistrikt hatte ich Gelegenheit in den einzelnen Ortsteilen geradezu trostlose Verhältnisse von Wohnungen zu beobachten. Dies gilt insbesondere in den Ortsteilen Pochlowitz, Leibitz, Schaben, Koperau und Ebersfeld, welche Orte fast durchwegs von Arbeitern bevölkert sind. Es gibt dort Wohnungen mit 1,5 Meter Höhe, mit einem Fenster und ohne Ofen; die Länge beträgt oft nur 3 Meter, die Breite 2,5 Meter; darin sind 4 bis 5 Personen oft untergebracht. Abgesehen von den unzulänglichen Raumverhältnissen sind die kleinen Wohnungen feucht und dampf, wodurch dem Auftreten von Infektionskrankheiten, wie Influenza, Keuchhusten, Diphtherie, Scharlach etc. Vorschub geleistet wird.“

Dr. Hagenrichter berichtet aus Haberspirk:

„Das Wohnungselend kann wohl in keiner Gemeinde so schlecht sein, wie in Haberspirk; zum Beispiel wohnen in einem Raum von 30 Quadratmeter nicht weniger als 3 Familien mit 11 Köpfen; daß dadurch die Gefahr der ansteigenden Krankheiten neben dem Niedergang jehudeher Moral sehr drohend ist, läßt sich leicht nachweisen.“

Der Distriktsarzt von Maria-Kulm, Dr. Regel, berichtet, daß er in Maria-Kulm 4, in Reihengrün 1 und in Kapengrün 7 Wohnungen festgestellt habe, welche ausgesprochene Tuberkulosenester sind. Weiters habe er in Maria-Kulm und Kapengrün weitere, sonnenlose und nicht lüftbare Wohnstätten, sowie solche mit fehlenden Fußböden angetroffen. Von der Zahl der seit 1. Jänner 1926 verstorbenen Säuglinge ist der Tod von zwei Drittel auf die Wohnungsnot zurückzuführen.

### Eine Warnung an die Abbauer der Wohnungsfürsorge.

In der Denkschrift wird weiter die Steigerung des Wohnungselends in den letzten Jahren hervorgehoben:

„Während in der unmittelbaren Nachkriegszeit das Wohnungselend nur einen kleinen Teil der arbeitenden Bevölkerung ergriffen hatte,

ist jetzt dieser schreckliche Zustand in eine breite Schicht der arbeitenden Bevölkerung gedrungen, und zwar einerseits dadurch, daß infolge der Lockerung des Mieterschutzgesetzes und der Aufhebung des Anfordungsrechtes von Wohnungen seitens der Gemeinden, früher von Familien bewohnte Räume heute möbliert und in Altmiete gegeben werden, bzw. von den Hauseigentümern selbst in Anspruch genommen werden. Eine weitere Verschärfung des Wohnungselends ist durch den natürlichen Nachwuchs der Bevölkerung entstanden.“

Wenn die bisher angeführten, herzerstührenden Tatsachen noch nicht hinreichen sollten, den Gegnern und Abbauern der öffentlichen Wohnungsfürsorge das Verbrechen ihres Tun vor Augen zu führen, so mögen die Herren wenigstens die erste Warnung beherzigen, mit der die Denkschrift — deren Verfasser ein Mann mit bürgerlicher Weltanschauung ist — schließt:

„In diesem furchtbaren Wohnungselend muß schließlich die Widerstandsfähigkeit auch des gesündesten und lebensfreudigsten Arbeiters ermüdet werden; man stelle sich nur vor, wenn er nach des Tages Mühen anstatt in der Wohnung sich Ruhe und Erholung gönnen zu können, seine Familie in einem Massenlager schlammiger Sorte findet und in der dampfenden, stickigen Luft dieser Wohnhöhlen kaum ein Plätzchen zum Ausruhen hat. Gar bald treten infolge dieser ungesunden Wohnungen Krankheiten der Kinder ein. Muß da nicht das Gemüt verbittert werden, muß da nicht all Lebensfreude in Hoff und Reich sich verwandeln, und die Ohnmacht, die Tage nicht verbessern zu können, gebiert dumpfe Verzweiflung.“

Die verantwortlichen Faktoren mögen sich auch vor Augen halten, daß dieses Problem immer ernstere und gefährlichere wird; denn die breite Schicht der Bevölkerung, die unter dem Wohnungselend zu leiden hat, ist sich heute sehr wohl bewußt, daß dies keine Uebergangsercheinung von absehbarer Dauer ist, sondern, daß dieses Los dem Arbeiter, der heute in den besten Jahren seiner Leistungsfähigkeit steht, ihm bis zur Zeit seines Todes, der unter diesen Verhältnissen bald eintreten muß, beschieden ist. Gerade diese Hoffnungslosigkeit treibt dann die Massen, denn wohlwollend und ausdrücklich wiederholt, es sind nicht mehr einzelne, zu Schritten, die wir heute noch gar nicht voraussehen können. Auch durch die Stille dieser verzweifelten Leute darf man sich nicht täuschen lassen; oft genügt dann ein ganz geringfügiger Anlaß, um das glimmende Feuer zum Ausbrechen zu bringen. Wird sich ein solcher Mann unter solchen Verhältnissen nicht fragen, was kann ich denn verlieren, dahem nur Not, Krankheit und Verzweiflung!“

## So geht das Volk zugrunde!

### Ämtliche Ermittlungen über die Wohnungsverhältnisse in den Bezirken Falkenau und Elbogen.

Das Bild, das wir zuletzt von den sozialen Verhältnissen im Falkenauer Braunkohlenrevier gezeichnet haben, war unvollständig. Zu den furchterlichen Folgen, von denen die dortige Arbeiterbevölkerung schon seit einem Jahrzehnt heimgeheftet wird: Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit wachsender Lohndruck und Verelendung gesellt sich noch eine weitere Geißel, die Wohnungsnot. Ziel ist schon über die Wohnungsverhältnisse unserer Zeit geschrieben worden, die Tageschronik verneht das Material um immer neue und entsetzlichere Beweise, wie die arbeitenden Menschen dadurch oft bis zum Wahnsinn gequält und gepeinigt werden, aber es scheint, daß keine menschliche Darstellungskraft im Stande ist, das Meer von Leiden auszu schöpfen, welches die arbeitende Menschheit in den Kriegs- und Nachkriegsjahren überflutet hat.

Die nachfolgenden Angaben haben den Vorzug, daß sie sich auf gewissenhafte ämtliche Ermittlungen stützen können. Im Bewußtsein ihrer sozialen Verpflichtungen haben die Bezirksverwaltungscommissionen Falkenau und Elbogen in ihrem Wirkungskreis Erhebungen über den Umfang der Wohnungsnot und des Obdachlosenseinds getroffen. Was dabei an Tatsachen ans Tageslicht gefördert wurde, ist wohl das Erschütterndste und Ergreifendste, das wir von dem sozialen Zeitbild überhaupt kennen.

Im Gerichtsbezirk Elbogen wurden die Erhebungen auf die eintürmigen Wohnungen konzentriert. In dem kleinen Bezirke mit 37.775 Einwohnern haufen sich nicht weniger als 5.522 Personen, in Wohnungen mit nur einem Raum. Der Belag der insgesamt festgestellten 945 Einzimmerwohnungen verteilt sich wie folgt. In einem einzigen Raum wohnen:

13	Fallen	2	Personen
23	Fallen	3	Personen
138	Fallen	4	Personen
206	Fallen	5	Personen
206	Fallen	6	Personen
129	Fallen	7	Personen
63	Fallen	8	Personen
41	Fallen	9	Personen
19	Fallen	10	Personen
12	Fallen	11	Personen
4	Fallen	12	Personen
1	Fall	13	Personen
1	Fall	18	Personen

Man weiß nicht was von diesen Ziffern schlauer und aufreizender ist, die Tatsache, daß in 500 Fällen 5 und 6 Menschen zwischen engen vier Wänden zusammengepfercht sind, oder daß in fast dreihundert Fällen 7—18 Personen eine Stube teilen müssen. Unwiderleglich kommt aber darin zum Ausdruck, daß das Wohnungselend eine Massenerscheinung geworden ist, deren Auswirkungen einen großen Teil der Bevölkerung treffen.

Den Nachforschungen der Bezirksverwaltungscommission Falkenau verdanken wir eingehenderes Material über das Verhältnis von Flächenraum und der Menschenzahl der Proletarierwohnungen. Nach den Angaben des Berichtes von Elbogen wird es nicht mehr weiter überraschen, daß unter den erhebenen Fällen, welche darunter sind, wo auf 12 oder 14 Quadratm. bis zu 14 Menschen heberbergt werden. Lassen wir die Aufzeichnungen über die kleinsten Untereinheiten folgen: Es wurden angetroffen auf einer Wohnfläche von:

10	Quadratmeter	in 2	Fällen	4	Personen
„	„	in 1	Falle	6	„
„	„	in 1	Falle	8	„
„	„	in 1	Falle	9	„
9	Quadratmeter	in 2	Fällen	4	„
„	„	in 2	Fällen	5	„
„	„	in 1	Fällen	6	„
„	„	in 1	Falle	7	„

8	Quadratmeter	in 1	Falle	3	„
„	„	in 1	Falle	5	„
7	Quadratmeter	in 1	Falle	3	„
„	„	in 1	Falle	4	„
6	Quadratmeter	in 1	Falle	2	„
„	„	in 1	Falle	4	„
„	„	in 1	Falle	6	„
„	„	in 1	Falle	7	„
„	„	in 1	Falle	8	„
4	Quadratmeter	in 1	Falle	4	„

Eine Denkschrift der Bezirksverwaltungscommission Falkenau an das Ministerium für soziale Fürsorge, die auch die letztgenannten Daten entnommen sind, sagt darüber folgendes:

### Wie sieht es in den Wohnungen aus

Eine Denkschrift der Bezirksverwaltungscommission Falkenau an das Ministerium für soziale Fürsorge, der auch die letztgenannten Daten entnommen sind, sagt darüber folgendes:

Die Räume, in denen diese Menschen zusammengepfercht leben müssen, wurden mit dem Worte Wohnung bezeichnet. Diesen Ausdruck verdient aber der größte Teil, ja nahezu keiner der Räume; sind es doch teils Kellerlöcher, teils ehemalige Hühner-, Gänse- oder Ziegenställe, teils durch einen Bretterverschlag hergerichtete Dachräume, teils Holz- bzw. Bretterbuden oder Gemeindegewölbe. So wohnen in Pochlowitz 5 Personen in einem 9 Quadratmeter großen Hühnerstall. In vielen Fällen sind die Räume bloß 1,50 Meter hoch, so daß ein größerer Mensch darin nicht einmal aufrecht stehen kann; vielfach besteht eine solche Wohnung dazu auch noch bloß ein Fenster, das auf einen Hof mit überlaufender sinkender Senkgrube führt. In eine große Zahl dieser Wohnungen, besonders in die direkt unter dem Dache befindlichen, regnet es hinein und in den zahlreichen Holzbauten sind solche Lücken in den Wänden, daß man hindurch schauen kann.

An anderen Stellen heißt es wieder:

Das Schrecklichste dabei ist aber noch, daß diese Wohnhöhlen durchwegs feucht sind und Schimmelbildung zeigen.

Mit dem Hausrate ist es in solchen Wohnungen natürlich ganz jammervoll bestellt, vielfach ist außer einem aus Stroh und Lumpen bestehenden Fiegelosen Hausrat überhaupt nicht vorhanden und was schon einmal ordentlicher Hausrat da, dann ging er gar bald durch die Feuchtigkeit zu Grunde.

Die schon an und für sich vorhandene Feuchtigkeit wird durch die Ueberfüllung der Wohnung mit Menschen erhöht und verschlimmert sich noch dadurch, daß in dem Raum gekocht, gewaschen und Wäsche, namentlich Kinderwäsche getrocknet wird. Wenn man überlegt, daß ein einziger Mensch in 24 Stunden einhalb Liter Wasser mit seiner Ausatemluft ausschleudert, dann kann man begreifen, daß Wohnungen vorhanden sind, die eine solche Feuchtigkeit zeigen, daß das Wasser an den Wänden direkt herabfließt. Solche überfüllte und feuchte Wohnungen können nun auch bei gutem Willen nicht ganz reingehalten werden und für die Bewohner tritt so allmählich der Verlust des Gefühls und der Mangel an Interesse für Sauberkeit, Keilichkeit und Ordnung ein, wodurch sich dann Schmutz und Ungeziefer anhäuft, was eine weitere Quelle der Luftverderbnis und Krankheit aller Art wird.

### Was berichten die Ärzte?

Die Denkschrift führt noch einige Urteile von Ärzten an, welche das graufige Bild noch schärfer beleuchten. Städtarzt Dr. Strunz berichtet u. a.:

## Der blutige Fascismus.

### Im Lande der „Ordnung“ werden Menschen gemordet, Wohnungen gestürmt, Bomben geworfen, Redaktionen verwüdet, fremde Boten und Nichtitaliener bedroht und gefährdet.

Der angebliche Schutz auf Mussolini — den Attentäter hat man sonderbarer Weise bis heute nicht — hat eine Wirkung ausgelöst, die der ganzen Welt neuerlich zeigt, daß dieses Italien, aus dem der Fascismus doch bekanntlich ein Auserwählter der Ordnung gemacht hat, gerade durch ihn ein Nordbrunnenstaat geworden ist, der mit keinem Staatswesen außerhalb oder innerhalb Europas zu vergleichen ist. Es macht wirklich den Eindruck, als ob die Horden, denen Mussolini eine staatsbehaltende, Namen und Natur der italienischen Nation fördernde Funktion gegeben hat, nur auf den Augenblick gewartet hätten, da ihnen ein Angriff auf den Duce die willkommenen Gelegenheit gäbe, ihre elenden Waffen von neuem in Aktion zu setzen. Mit geradezu scheußlicher Lust scheinen sich die faschistischen Gesellen nun wieder in ihr Nordhandwerk zu stürzen. Die Schwärzenden haben sich jetzt eine zeitlang nicht recht anselben können — nun endlich haben sie wieder den heiß gesuchten Anlaß, ihr Barbarentum zu zeigen. Angesichts dessen kann man tatsächlich die Vermutung nicht von sich weisen, daß das Attentat von Bologna geradezu gewünscht, wenn nicht bestellt worden ist. Der Fascismus, blutgeboren, kann sich nicht anders als durch Blut erhalten. Das Italien von heute, ein Land der Lüge und des Irrsinn, braucht jeden Tag Opfer, mit denen es die „Vegetierung“ seiner Reiter wahren kann; der Fascismus muß Blut fließen sehen, muß Blut wollen, um sich vor sich selber zu rechtfertigen. Man kann die Opposition, die noch nirgends ein Denkerregiment aus der Welt schaffen konnte, nicht anders als verdammenwert erscheinen lassen, als indem man morde und plündert, verwüdet und stürmt, um dann den nicht ganz Rechtgläubigen zeigen zu können: Seht, solche Kanakeln sind diese, daß man mit ihnen nicht anders als so verfahren kann!

land dringt und sie werden ängstlich darüber wachen, daß alles, was der Drah dennoch über die Grenzen bringt, wenigstens doch so zurückgeführt ist, daß die Welt in den Hauptstücken nur tatsächliche Wahrheiten erfährt.

Da meldet eine Zeitung aus Triest, daß dort eine Bombe gegen die Kaserne der Nationalmiliz geschleudert wurde und unter den Fascisten blutige Opfer forderte. Wer kann kontrollieren, ob und wie weit diese Meldung richtig ist? Vielleicht ist auch sie erfunden, um den Fascisten auch in Triest Gelegenheit zu geben, zu senzen und zu morde. Ist diese Nachricht aber wirklich wahr, so würde sie nur zeigen, daß Italien auf dem besten Wege zum Bürgerkrieg ist und daß immer näher der Augenblick rückt, in dem das faschistische System dem notwendigen Endpunkt zustrebt: dem Chaos.

So wie nach innen, entläßt sich die unerträgliche Spannung bereits auch schon nach außen. Das Auftreten der Fascisten gegen die Fremden an der Grenze und in außereuropäischen Provinzen zeigt neuerlich die ungeheure Gefahr, die der italienische Fascismus nicht nur für das eigene Volk, sondern auch für die Außenwelt bedeutet. Es ist nicht Schleichheit der Einzelnen, wenn Unerhörtes geschieht. Der Fascismus muß sich notwendigerweise immer mehr übernehmen — und muß so an sich selber zugrunde gehen.

### Mussolini in Rom

Rom, 3. November. (Stefani.) Heute um 20 Uhr 20 Minuten kehrte Mussolini nach Rom zurück und wurde auf dem Bahnhof von Vertretern der Regierung, der Kammer und des Senates, von Mitgliedern des faschistischen Direktoriums und einer großen Anzahl von Senatoren, Abgeordneten und Vorständen von Behörden begrüßt. Ueberall auf den Straßen wurde Mussolini begrüßt.

Rom, 4. November. Nach der Totung eines in seine Wohnung eingedrungenen Fascisten durch den Oppositionsabgeordneten Luigi Casigliari verhafteten die Demonstranten wiederholt, sein Haus zu stürmen, wurden aber von der Polizei zurückgetrieben, die Luft verhaftet hat. In anderen Teilen der italienischen Hauptstadt kam es zu kleineren Zwischenfällen. Während der Kundgebungen in Casigliari sind die Bruderkameraden des faschistischen „Corriere di Sardegna“ und des faschistischen Organs „Solco“ verwüdet worden.



**Vom Verband der Musikerorganisationen in der Tschechoslowakischen Republik.** Am 1. und 2. d. M. fand in Tepliz Schönan unter dem Vorsitz des Prof. Herman, Prag die dritte Delegiertenversammlung aller bedeutenden Musikerorganisationen der Republik statt, bei der die deutschen Organisationen durch Sekretär Emil Feist, Tepliz und Friedl Stratil, Prag vertreten waren. Außerst wichtige Fragen, wie der Entwurf eines Musikererlaubnissgesetzes, Regelung des Musikunterrichtes, Kapellmeisterkonzessionen, Subvention für die Musik-Akademie und andere Musikschulen, usw., usw. wurden gründlich durchberaten und die entsprechenden Schritte eingeleitet. Der Verband vereinigt gegenwärtig über 22.000 organisierte Musiker und es wäre wünschenswert, daß er die Unterstützung aller Faktoren fände, da er nicht nur die Interessen der Musiker vertritt, sondern auch eminent wichtige kulturelle Ziele verfolgt.

**Senator Genosse Dr. Heller,** der zu der von bürgerlicher Seite gegen ihn entfachten Kampagne bereits in unserer Presse mit einem Artikel „in eigener Sache“ Stellung genommen hat, teilt uns weiter mit, daß er gegen alle Blätter, die die entstellenden und beleidigenden Berichte veröffentlichten, mit gerichtlicher Klage vorgehen wird.

**Kostenloses Studium für Söhne landwirtschaftlicher Arbeiter.** Wir erhalten folgende Mitteilung: Das Ministerium für Landwirtschaft istferte an landwirtschaftlichen Fachschulen (Winterfchulen) 20 Freiplätze für flehigte und begabte Söhne landwirtschaftlicher Arbeiter und Gehilfenpersone. Gesuche um Beilehung solcher Freiplätze für das Schuljahr 1926/27 müssen eine kurze Lebensbeschreibung des Schülers, belegt mit dem Tauf- oder Geburtschein, Heimatschein, dem letzten Schulzeugnis und der Bestätigung des Diensthebers und des Gemeindevorstandes über die Beschäftigung der Eltern, Zahl der Geschwister des Schülers enthalten und sich direkt an das Ministerium für Landwirtschaft in Prag II, Janamannovs 18, bis längstens 10. November 1926 zu richten. Die Bittsteller, die mindestens ein Alter von 15 Jahren aufweisen müssen, können in dem Gesuch Wünsche betreffend Wohnort der Schule, Wohnung und Verpflegung im Schülerinternat u. a. äußern. Das Recht die Schule zu bestimmen, behält sich das Ministerium für Landwirtschaft vor. — Diese wäre zu bemerken, daß die Öffentlichkeit sehr spät von dieser Stiftung benachrichtigt wird; so spät, daß wohl die meisten der in Betracht kommenden Personen gar nicht die Zeit zur Erledigung der Formalitäten haben werden.

**Radio auf den tschechoslowakischen Bahnen.** In Brünn und Wittwoch ein Versuch dergleichen Radiompfanges in Eisenbahnwagen statt. Auf dem Brünn-Prag wurde in einem Schnellzugswagen eine Empfangsstation untergebracht, von der Hörer in die einzelnen Abteilungen des Zuges geleitet wurden. Die aus drei Drähten bestehende Antenne wurde auf dem Waggondach aufgezogen, die Erdung erfolgte auf dem Geleise. Man konnte in zufriedenstellender Weise vorerst die Wiener Station, später auch mit einem Lautsprecher die Brünn-Station hören. Am Freitag folgen weitere Versuche in dem dreifachen Schnellzuge Brünn-Prag.

**Falsche Hundertkronennoten in der Slowakei.** Aus Preßburg wird gemeldet: Schon seit dem Monate August befindet sich ein gewisser Keinic in Haft, der schweregt beim Ausgeben einer falschen Hundertkronennote erkappt wurde. Keinic legte nun das Geständnis ab, daß er die falsche Note von einem gewissen Weich erhalten habe. Auf Grund dieser Aussage wurde Weich verhaftet, doch auch dieser behauptet, die Hundertkronennote erhalten zu haben, ohne zu wissen, daß sie falsch sei. Die Polizei dreier Länder forcht nun nach den richtigen Geldfälschern, jmal man vermutet, es mit einer internationalen Geldfälscherbande zu tun zu haben. Seitdem hat sich jedoch wieder ein neuer Fall ergeben. Auf dem Jahrmarsch zu Waag-Neustadt kaufte der Landwirt Johann Strelec von einem Bauern namens Johann Boris Viech ein Wertes von mehreren tausend Kronen. Strelec wurde unter anderem mit einer falschen Hundertkronennote, die jedoch von Boris nicht als solche erkannt wurde. Erst tags darauf, als Boris in einem Gasthause damit zahlen wollte, erkannte der Wirt, daß die Note falsch sei. Strelec wurde verhaftet, doch stellt er jede Schuld in Abrede und erklärte, die Note von Wiener Viech erhalten zu haben, die bei ihm vor Wohnort erhalten zu haben, die bei ihm vor Wohnort erhalten zu haben. Die Namen der Wiener Viech erkaufen. Die Namen der Wiener Viech erkaufen er allerdings nicht angeben. Auf Grund der Nachforschungen der Gendarmerie ergab sich die Angabe des Strelec als richtig. Ob es sich hier um ein und dieselbe Fälschung oder um eine andere Fälschung handelt, vermochte die Polizei bisher nicht festzustellen.

**Aus der kommunistischen Hauslichkeit.** Einem Bericht unseres Trosspauer Parteibüros über die Vorgänge in der kommunistischen Partei in Olomouc entnehmen wir folgendes: Der Bauarbeiterführer Wetzner hat den Austritt aus der kommunistischen Partei angemeldet und zugleich auf sein Mandat als Stadtveror daeter verzichtet. Abm Spacil hat die Funktion als Obmann der roten Gewerkschaft und gleichfalls sein Stadtverordnetenmandat zurückgelegt und zugleich die Mitgliedschaft im kommunistischen Allgewerkschaftsverband und in der Partei gekündigt. Der kommunistische Gewerkschaftssekretär Staro hat bereits seinen Austritt erklärt und hinterläßt einige unverfolgte Mitglieder, die einer ändern auf dem Trümmerturm nicht finden

## „Panzerkreuzer Potemkin“ und die Zensur.

Kein einziger Film der ganzen Weltproduktion hat so ein Aufsehen erregt, wie der „Potemkin“, über keinen ist so viel gesprochen und geschrieben worden. Kein Wunder, daß man schon heute ins Kino läuft, um diesen Wunderfilm zu sehen; die tolle und unbeschätzte Reklame für diesen Film war zu durchgreifend, als daß sie nicht die Kengende Aller geweckt hätte. Besonders gespannt waren und sind bezeichnenderweise die Proletarier, denn es handelt sich doch um einen Film, der für sie gemacht worden ist und ein Hoffesed bedeutet auf die Gleichberechtigung Aller, eine jubelnde Aufforderung zum Kampf.

Und endlich bekommt man den Film zu sehen und ist erstaunt! Das soll der berühmte „Potemkin“ sein?

Da wunderst dich mit Recht, denkender Arbeiter! Denn dieser „Potemkin“, den man hier zu sehen bekommt, ist ein Schmitzwert, zu vergleichen mit einem wilden Tier, dessen Flügel man zerstört hat, weil es die Angst vor ihm so gebot. Die Vorführung dauert kaum fünfzig Minuten, man hätte ja gar die Hälfte wegschneiden! Die Handlung hat Wucht und Sinn, — aber mit den herkömmlichen Szenen nahm man dem Film viel von seiner Durchschlagskraft, nahm ihm den feierlichen Atem des Aufstandes geknechteter Menschen, die endlich das verhasste Joch abwürfen und lieber zugrundegehen als nachgeben, nahm ihm damit die Genialität des jugendlichen Schöpfers, nahm ihm viel von dem, was ihm den Stempel eines unerreichten Kunstwerkes andrückt.

Effenstein Originalfilm „Panzerkreuzer Potemkin“ sieht ganz anders aus: der kann makellose Begeisterung entzünden. Aber der Film ist dermaßen gekürzt, daß nicht nur einzelne Szenen herausgenommen worden sind, sondern daß die ganze Handlung verkürzt und zurechtgerückt wurde. Der Originalfilm schildert zum Beispiel, wie die ausgehungerten Matrosen, durch die Dringung der Dejmierung eingeschüchert, gezwungen werden, das verfaule Fleisch zu essen, worauf sich bei vielen in der Nacht Uebelkeit und Krampfen einstellt. Deshalb verlangt am nächsten Tag der Führer der Aufständischen die Einschiffung in Odessa und daraufhin kommt es erst zu der Szene mit der beabsichtigten Erschießung. Der folgende Kampf der Mannschaft mit den Offizieren ist natürlich fast ganz weggelassen. Die Schreckensszenen der Kofasergrenade sind überhaupt gestrichen; einem kranken alten Mann wird der Schädel gehalten; eine alte Frau wird aufgeschlitzt; Leute werden von den verrückten Kofasen getötet,

Kinder getreten; Mädchen werden von den Geschützrädern entweideneigentlich; einer alten Frau werden die Brüste abgehauen; ein Mann wird grundlos erschossen; eine Mutter erschossen und ihr Kinderwagen rollt die lange Treppe herab, unten kippt das Wägelchen um und das Kind wird von den flüchtenden zerquetscht; einem ahnungslosen Fußgänger wird der Kopf abgehauen; und diesen Graueln sieht der russische Oberkommandierende ruhig mit einem Feldstecher zu und freut sich der unmenschlichen Arbeit „seiner“ Kofasen. . . . Und wo ist jene Szene bei dem aufgehängten Leichnam des erschossenen Matrosen, da seine Frau ihm ihr Kind zur letzten Kühlung zu den erstarrten Füßen hält? Wo sind die padenden Schußwider, da die Matrosen rasen und dröhnen, die Spannung sich von Sekunde zu Sekunde bis zum Irrsinnigwerden steigert und das bebende Donnern des dahinjagenden Schiffes sich in graulichem Miterleben der Seelen der Zuschauer bemächtigt? Sie sind zwar da, diese Bilder größter Wucht, aber jämmerlich zusammengehackt. . . .

Es dürfte vielleicht auch interessieren, daß im Original der Potemkin im Feuer der Admiralskante langsam untergeht, — nur fürs Ausland haben die Kassen diesen Schluß in den zur Gemüte bekannter abgeändert.

Man kann sich vielleicht aus diesen Zeilen ein undeutliches Bild machen von dem, was dem „Potemkin“-Film eigentlich fehlt und was die Zensur — nicht die unsere, denn der Film ist schon so gekürzt, daß er uns gekommen, aber unsere Zensur hätte ihn gewiß genau so zugerichtet — aus diesen klassischen Meisterwerk proletarischer Filmkunst gemacht hat. Dieser Film der Kamenlofen (es sind Schauspieler des Moskauer Künstlertheaters) weist der Schauspielkunst neue Wege und ist der beste Auftakt zu einem erwachsenen und gelunden Film des Arbeiters, im Gegensatz zu dem üblichen, ob schon so oder anders tendenziösen Stücken der kapitalistischen Filmproduktion. Aber mit dem Aufkommen und Aufblühen berechtigter sozialer Filme muß unbedingt der Umfang einer einseitig gestellten Zensur abgeschafft werden, denn unter den heutigen Verhältnissen haben Prodnwerke wie der „Potemkin“ keine Aussicht, in Originalform gezeigt zu werden und verlieren dadurch naturgemäß viel von ihrem sozialen und künstlerischen Wert.

Für Interessenten sei noch hinzugefügt, daß die Kosten des Filmes sich auf 100.000 Dollar (etwa 3.400.000 RM) belaufen haben. D. W. Sch.

**Winnen.** Zur Verstärkung der verlorenen Positionen ist Abg. Polen nach Osnüg gekommen. Es stand ihm der große Reibentloal zur Verfügung. Für halb 10 Uhr vorntug war der Beginn der Einheitsfrontvorstellung angelegt. Leider sind so wenig Schaulustige gekommen, daß man erst um das Drängen des Regierungsvertreterers um halb 11 Uhr die Personmlung eröffnete. Im ganzen waren es gezählte 76 Personen, die anwesend waren. Abg. Polen hat einen tieftraurigen Eindruck davongetragen.

**Die Zigaretten des Prinzen.** Dem Berliner „Lobblatt“ wird geschrieben: Der Prozeß gegen die merkwürdigen Dame, die ein Attentat gegen Strekmann vorbereiten wollten, hat mit ihrer Freisprechung geendet. Im Laufe der Verhandlung kam das Gericht zu der Ueberzeugung, daß diese Leute nicht ernst zu nehmen seien. Damit sinken sie in das Dunkel zurück, aus dem sie sich durch Großsprecherien vergeblich herauszuheben versucht haben. Aber solange sie interessant schienen, haben sie eine merkwürdige Anteilnahme erweckt. Prinz Oskar von Preußen hat dem Angeklagten Lorenz fünfzig Zigaretten mit einem freundlichen Brief in die Untersuchungshaft geschickt. Derselbe Prinz Oskar der dem Parteitag der Wöllischen ein Bezeichnungstelegramm sendete. Es ist nicht anzunehmen, daß dieser Prinz, der Sohn Wilhelms, aus allgemeiner Menschlichkeit Liebesgaben an alle möglichen Gefängnisse sendet. Der besondere Fall muß ihn wohl berührt haben. Die Besonderheit des Falles ist aber, daß der Untersuchungsfangene in dem hinreichend begründeten Verdacht stand, er habe geplant, den Außenminister des Deutschen Reiches zu ermorden. — Und sind fünfzig Zigaretten auch nicht gerade viel — nobel wie ein Hohenzoller — so muß man eben mehr auf den inneren Sinn als auf den äußeren Wert dieser Zigarettenlieferung des Prinzen für den döstlichen Wäber sehen. Zur Abstimmung über die Hochverrats-Absingung ist das eine hübsche Illustration!

**Die Geheimbrennerei in der Villa.** In dem im Norden Berlins gelegenen Villendorf Höhen-Reuendorf gelang es den Zollbehörden, in einer Villa eine Geheimbrennerei auszuheben. Der Besitzer Schnabel und seine Frau wurden festgenommen. In der Brennerei wurden ungefähr 15.000 Liter Spirit erzeugt und dadurch dem Reiche ein Schaden von etwa 70.000 Mark zugefügt. Als das Haus vor sieben Beamten unsteil war, verfuhrte Schnabel, der niemand einließe, die Wächterkelle der Brennerei in einer Tauchengrube zu versenken. Als die Beamten gewaltfam eindringen, endeten sie sehr rasch die Geheimbrennerei im Keller. Eine größere Menge Spiritus konnte beschlagnahmt werden. Das Vermögen Schnabels wurde gleichfalls beschlagnahmt. Bei dem Vorgehen der Zollbeamten kam es zu einem tödlichen Zwischenfall. Sie hatten die Hausdurchsuchung noch nicht beendet, da erschienen im Emschritt drei Truppolizeibeamte, um die Zollbeamten als Eindringler zu verhaften. Ein Orts-

bevollmächtigter hatte beobachtet, wie einer dem anderen auf die Schulter gestiegen und über den Jaun an den Gärten eingedrungen war, und sofort Meldung an dem Gemeindevorstand erstattet. Die Ortsbevollmächtigter konnte allerdings rasch aufgeklärt werden.

**Selbstmord eines zwölfjährigen Mädchens.** Der traurige Fall eines Kinder-Selbstmordes hat sich vor einigen Tagen in Reustadt a. Z. zugetragen. Das zwölfjährige Mädchen einer Kriegswitwe, Hilde Reumann, hat ihrem jungen Leben durch Erhängen ein freiwilliges Ende bereitet. Während die Angehörigen zu Hause weinten, ging das Kind unbemerkt in eine Dachkammer und vollführte die Vergewaltigung. Man kann nur annehmen, daß eine ungenügende Sinneserweckung das unglückliche Mädchen zu dem bedauernswerten Schritte veranlaßte.

**Von einer Sprengpatrone getötet.** Ein bedauerlicher Unglücksfall, der ein Menschenleben forderte, ereignete sich in einem Feldpatronen auf dem Albersberg bei Weßling. Der dortselbst mit Sprengen von Feldpatronen beschäftigte Arbeiter Georg Leberl aus Weßling bohrte zwei Löcher in das Gestein und lud sie mit Dynamitpatronen. Einer der Schüsse entzünd sich als die zweite Patrone nicht los ging, wollte Leberl nach der Ursache forschen und begab sich trotz Abmahnung der übrigen Arbeiter ganz nahe an das Schußfeld heran. Pflöchlich entzünd sich auch die zweite Dynamitpatrone und die Ladung trotz Leberl, der mit zerrümmerter Schädeldecke tot zu Boden stürzte.

**Anschlag auf den Schnellzug Berlin-Warschau.** Bei der polnischen Eisenbahnstation Joloz wurde auf den Schnellzug Berlin-Warschau ein Anschlag verübt, indem auf den Geleisen ein Steinhaufen aufgeschichtet wurde, um eine Entgleisung herbeizuführen. Das Hindernis wurde rechtzeitig durch einen Streckenwärter beobachtet und ein Unfall verhütet.

**Urnenschäden im Kermellkanal.** Ein schwerer Sturm, der am Laufe des Dienstag und Mittwoch im Kermellkanal tobte, hat zahlreichen Schiffen böses mitgespielt, indem sie durch die Gewalt des Sturmes einen Teil ihrer Ladung und Ausrüstung einbüßten. So ist dem Hamburger Dampfer „Giela Schröder“, der mit Holz beladen unterwegs war, ein Teil der Ladung durch hohe Sturmwellen weggerissen worden. In Cherburg wurden zwei kleine Fischerboote gegen das Gollwerk geworfen und zerschmettert.

**Die Viehmorallenammlung Nikolaus II.** Die sehr wertvolle Viehmorallenammlung des letzten Zaren, die auf irgendeine Weise dem Zugriff der Bolschewisten entgangen war, ist jetzt in den Vereinigten Staaten aufgetaucht, wo sie zum Verkauf angeboten werden soll.

**Verbot von Pferdefuhrwerken in Rio de Janeiro.** Die Stadtverwaltung der Hauptstadt Brasiliens hat beschlossen, daß vom 1. Januar ab alle Fuhrwerke, die von Pferden oder sonstigen Tieren gezogen werden, vom Verkehr in der inneren Stadt ausgeschlossen werden. Das Verbot richtet sich auch gegen Privatwagen.

## Das Gemeindebestimmungsrecht Erfolgreiche Probeabstimmung in Graupen.

Nach der ersten erfolgreichen Abstimmung über die Frage des Gemeindebestimmungsrechtes in Langauß (Böhmischer Bezirk) im April d. J. beschloß der Vorstand des Arbeiterabteilungs-Institutes, im Oktober 1926 eine zweite solche Probeabstimmung in der alten Bergstadt Graupen zu veranstalten.

Vorbereitet wurde die Abstimmung durch eine Reihe größerer und kleinerer Versammlungen, in welchen die Genossen Lieben, Schiefner und Schneider und die Genossin Bucher über die verschiedenen Seiten der Alkoholfrage sprachen. Ueber Veranlassung des Stadtbildungsausschusses hielt Genosse Dr. Hofstätter einen Lichtbildvortrag über „Finnland, Land und Leute“; bei dieser Gelegenheit sprach er über das finnische Verbot und das Gemeindebestimmungsrecht. Der Stadtbürgermeister von Kuffitz, Dr. med. H. Gruszkla, sprach ebenfalls über Einladung des Stadtbildungsausschusses über ein wichtiges Kapitel aus der Volkswirtschaft oder „Was kostet uns der Alkohol?“

Die aus den Vertretern der Stadtgemeinde Graupen und aus den Delegierten der Ortsvereine zusammengeleitete Kommission unter dem Vorsitz des Genossen Dr. Lieben nahm am Sonntag, den 31. Oktober, das Struttinium vor.

Von den 2257 mit Stimmzetteln Beteiligten beteiligten sich 1909 Personen an der Abstimmung (gleich 84 Prozent); 172 Stimmen wurden von der Kommission ausgeschieden, die eröffneten Kuverts waren teils leer, teils waren die die Forderungen durchgeschritten. Diese 172 Stimmen sind wohl als alkoholfreundlich zu werten, 903 Männer und 828 Frauen, insgesamt 1737 Personen, haben zu den vorgelegten Forderungen Stellung genommen (gleich 76 Prozent).

Für die erste Forderung, das heißt für das Gemeindebestimmungsrecht traten 624 Frauen und 571 Männer, zusammen 1195 Wahlberechtigte, ein, also die Mehrheit aller Wahlberechtigten wünschte, daß die Bewilligungen zum Ausschank alkoholischer Getränke nicht mehr durch die Behörden, sondern durch die Abstimmung aller in der Gemeinde Wahlberechtigten erteilt werden.

Für die zweite Forderung, daß stromerwende Schankbewilligungen nicht mehr erneuert werden sollen, stimmten 458 Frauen und 439 Männer.

Für die dritte Forderung, daß neue Schankbewilligungen abgelehnt werden sollen, stimmten 601 Frauen und 513 Männer.

Wie in dem Dorfe Langauß, so hat auch in der Stadt Graupen die Abstimmung ergeben, daß die Majorität der Bevölkerung mit den bestehenden Verhältnissen in der Frage der Schankbewilligungen nicht einverstanden ist, daß sie für das Gemeindebestimmungsrecht eintritt. Wie in Langauß, so hat hier auch in Graupen gezeigt, daß die Probeabstimmung ein vorzügliches Mittel ist, um die Auffklärung über die Gefahren des Alkoholismus unter der Bevölkerung zu verbreiten. Auch die Bewohner von Graupen haben sich wochenlang mit der Alkoholfrage befaßt und über das Alkoholproblem nachgedacht. Die Wirkung dieser Auffklärung wird die Probeabstimmung überdauern und gute Früchte tragen: Die Behörden, sowohl die staatlichen wie auch die autonomen, können diese Willensänderung der Bevölkerung nicht unbeachtet lassen.

## Volkswirtschaft.

### Forderungen der deutschen Gewerkschaften.

#### Achtstundentag. — Ein Wohnbauprogramm.

Die Spitzenverbände der Gewerkschaften Deutschlands übergaben der Presse ihre Forderung an den Reichstag, durch ein Notgesetz zur Wiederherstellung des Achtstundentages die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Genosse Spliet begründete diese Forderung, die übrigens auch von den anderen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen geteilt wird, mit durchschlagendem Material, das beweist, wie heute inmitten der allgemeinen Arbeitslosigkeit ohne jeden wirtschaftlichen Sinn Hunderttausende von Arbeitskräften mit Ueberstunden und Ueberstunden beschäftigt werden, während gleichzeitig die Gefahr besteht, daß anderthalb Millionen Menschen infolge dieser verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik zur dauernden Arbeitslosigkeit verurteilt werden. Er widerlegte dabei die Auffassung der Unternehmer, die die Wiederherstellung des Achtstundentages als schwere wirtschaftliche Gefahr hinstellen, während sie in Wirklichkeit nur die Löhne niederkalten wollen.

Außerdem übergaben die freien Gewerkschaften ein Programm zur Bekämpfung der Wohnungsnot unter eingehender Begründung ihrer Forderungen der Öffentlichkeit. Danach sollen 25 Prozent des Mietzinses zum Bau neuer Häuser verwendet werden.

### Eine Verhandlungsbasis im englischen Streik.

Im Hinblick auf neuerliche Verhandlungsmöglichkeiten und eine eventuelle Lösung des Kohlenkonfliktes geben wir nachstehend einen Artikel von Arthur Pugh wieder, der zur Zeit den in Amerika weilenden Präsidenten des britischen Gewerkschaftsbundes, George Filds, vertritt und im Organ des britischen Gewerkschaftsbundes folgende Verhandlungsbasis eintritt:

„Es muß speziell darauf hingewiesen werden, wie in der Diskussion des Bergbauproblems der Bericht der Kohlenkommission in den Hintergrund geschoben wurde, obwohl die Durchführung dieses Berichtes im gegenwärtigen Augenblick die einzige konstruktive Lösung des Problems darstellt.“

Mein in der vergangenen Woche in den „Times“ gemachter diesbezüglicher Vorschlag wurde von einigen Seiten unter dem Vorwand abgelehnt, daß es „zu spät sei“, ferner wurde gesagt, daß meine Anregung in ministeriellen Kreisen nicht günstig aufgenommen wurde. Weshalb ist es zu spät? Sind die Gründe, die die Kohlenkommission nach einer eingehenden Erhebung zu ihrem Vorschlag betreffend die Reorganisation der Kohlenindustrie heranbrachte, nicht mehr gültig? Wenn solche Fragen aufrichtig gestellt und beantwortet werden, so führen sie uns zu den wirtschaftlichen Wirklichkeiten zurück, mit denen sich die Kohlenkommission zu befassen hatte. Der Kohlenbericht ist so behandelt worden, als ob seine Vorschläge den betroffenen Parteien eine Alternative offen ließen. Es wurde der Versuch gemacht, den Bericht als Verhandlungsgrundlage für ein Schlichtergeschäft zu benützen. Seine Empfehlungen betreffend die Löhne und die Arbeitszeit wurden vom Bericht losgelöst, wie auch versucht wurde, von den Bergarbeitern als ersten Schritt vor der vollständigen Reorganisation der Industrie, die die Kommission als notwendig erklärte, Konzessionen zu erlangen. Ich habe immer darauf hingewiesen, daß durch diese Behandlung des Problems die Diskussion auf ganz falsche Wege gelenkt wurde. Der Reorganisationsplan der Kohlenkommission läßt keine Wahl offen, sondern muß als Ganzes angenommen werden. Er beruht auf einer genauen Prüfung der Lage der Industrie. Das Land wurde durch die autoritative und unparteiische Infanz der Kohlenkommission darauf aufmerksam gemacht, daß der Bergbau, der im Wirtschaftsleben der Nation eine vitale Rolle spielt, in große Schwierigkeiten geraten ist. Es wurde uns gesagt, daß es eine alte Industrie ist, die reorganisiert, modernisiert und wissenschaftlich betrieben werden muß. Vier Fünftel unserer Kohle werden konsumiert, ohne daß dabei die wertvollen Nebenprodukte ausgenutzt werden. Auf Grund einer wissenschaftlichen Gewinnung und Verwendung der Kohle, durch größere Produktions- und Verteilungsgeschäften sowie durch bessere Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitern kann die Grundlage zur neueren Leistungsfähigkeit der Industrie gelegt werden.

Dies sind die Schlüsse der Kommission, die sagt, daß man nur zwischen ihrer Annahme und dem wirtschaftlichen Bankrott zu wählen hat. Wie kann deshalb jemand, der bei gesundem Menschenverstand ist, behaupten, daß es „zu spät sei“, auf den Bericht der Kohlenkommission zurückzukommen? Was kann unter diesen Umständen die Weisheit bedeuten, wonach man in ministeriellen Kreisen diesem Gedanken nicht günstig gegenüber stehe? Ist man dort etwa in der Lage, bessere Vorschläge zu machen, als sie die Kohlenkommission nach monatelangen peinlichen Untersuchungen unterbreitet? Auf Grund welchen Arguments sollen die Vergleiche zur Wiederaufnahme der Arbeit ermuntert werden, wenn der Bericht der Kohlenkommission außer Betracht gelassen wird? Nationale Uebereinkommen wie auch

Löhne und Arbeitszeit sind durchgängig in Kompromisse verwickelt und es bleibt durchaus nichts mehr übrig, was zur Wiederaufnahme der Verhandlungen führen kann, wenn die Vorschläge der Kohlenkommission aus dem Spiele gelassen werden. Eine Niederlage aus Erschöpfung ist das schlimmste Ende, das man sich vorstellen kann, nicht nur vom Standpunkte der Bergarbeiter aus, sondern im Hinblick auf das ganze Land. Im Namen des gesunden Menschenverstandes: weshalb nicht der Bericht der Kohlenkommission?!

**Ein Streik bei Baťa.** Die Arbeiter in der Baťa'schen Schuhreparaturwerkstätte in Prag sind in den Streik getreten. Sie verlangen eine Lohnerhöhung und einen ordentlichen Kollektivvertrag. Bemerkenswert ist, daß der Landesverband der Schuhmacheremeister sich bereit erklärt hat, die Gehilfen moralisch und finanziell zu unterstützen.

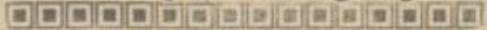
### Devienturie.

#### Prager Kurse am 4. November.

	1926	1925
100 holländische Gulden	1351.25	1357.25
100 Reichsmark	802.37	806.37
100 belgische Belgas	499.75	472.75
100 Schweizer Francs	650.57	653.57
1 Pfund Sterling	163.42	164.02
100 Lire	144.92	145.92
1 Dollar	33.70	34.-
100 französische Francs	111.90	122.90
100 Dinar	59.57	60.07
10,000 magyarsche Kronen	4.70	4.80
100 polnische Floin	372.75	378.75
100 Schilling	477.25	480.25

### Genossen!

Traget bei jeder Gelegenheit Euer Parteiabzeichen!



### Kunst und Wissen.

„Tristan und Isolde“, Richard Wagners Liebesoper, die des Bayreuther Meisters persönliche Gefühle in nicht zu überschätzender Leidenschaftlichkeit offenbart, gab am Mittwoch im Neuen Deutschen Theater dem Hamburger Seldentenor Erik Enderlein Gelegenheit, die Prager Opernfreunde auch mit seinem Tristan bekanntzumachen. Nach dem unvollständigen „Lohengrin“ des Künstlers bereitet sein „Tristan“ einigermaßen Enttäuschung. Nicht, daß Herr Enderlein dieser Riesenspartie in vorzüglicher Hinsicht etwas schuldig geblieben wäre — den als kontinuierlicher Sänger versteht er mit der Stimme hantieren, — aber das künstlerische Gefühl seines Tristan-Gestalt der großen Zug und die unmittelbar wirkende, der eigenen Empfindung Ausdruck gebende persönliche Note. So blieb das große Ereignis dieser „Tristan“-Aufführung die großartige, sorgfältig und darstellerisch gleich künstlerisch vollkommene und durch persönliche Ausdruckskraft überzeugende, zur Teilnahme zwingende „Nolle“ Frau Jicha-Göppel, neben der selbst ein Sänger vom Range Enderleins mehr oder weniger abfallen mußte. Den Kurvenal sang zum erkennbaren Nerv Komrege mit vor allem stimmungsvoller Wirkung; darstellerisch wird er diesen edlen Selden noch wärmer zeichnen müssen. Alexander Gemlinsky dirigierte die Oper mit effizienter Leidenschaftlichkeit und höchster dynamischer Steigerung. Das Theater war bei weitem nicht so gut besucht, wie unlängst bei der letzten Opernpremiere, woraus zu schließen ist, daß die einst sprichwörtliche Wagnerbegeisterung des Prager Publikums bald zur historischen Tatsache der Prager Theatergeschichte werden dürfte.

### Mitteilungen aus dem Publikum.

Unserer heutigen Gesamtanlage liegt ein Prospekt der „Schichtpost“ bei, die ab Oktober 1926 in der Neuenauflage von zwei Millionen Exemplaren erscheint. Man erhält sie überall gratis beim Einkauf von Schicht-Markenwaren. Jede Nummer enthält außer schönen Geschichten, Handarbeiten, Kochrezepten etc. ein Preisandschreiben mit Preisen im Werte von K 5000.—. Unsere Leser werden sicher nicht „mangeln, beim Einkauf von Schichtware die „Schichtpost“ zu verlangen und sich an den Preisandschreibern zu beteiligen. 4932

**Spizplan des Neuen Deutschen Theaters.** Freitag, halb 8 Uhr: „Jenufa“ — Samstag, 7 Uhr: „Faganini“ — Sonntag, halb 8 Uhr, Arbeitnehmervorstellung: „Der Dilettant“; halb 8 Uhr: „Adieu Mim!“ — Montag, halb 8 Uhr, Beamtenvorstellung: „Freischütz“

**Spizplan der Kleinen Bühne.** Freitag: Kulturabendvortrag: „Amerikaner“. — Samstag, 3 Uhr, Märchen-Kinder-Vorlesung: Maria Herber; halb 8 Uhr, Gastspiel Pepi Glöckner-Kammer: „Frau Warrens Gewerbe“. — Sonntag, 3 Uhr, Märchen-Kinder-Vorlesung: Maria Herber; halb 8 Uhr, „Kopf oder Schwanz“. — Montag, Benefizabendvortrag.

**Erstes Saxophon-Orchester-Konzert** (23 Saxophone) am 12. November um halb 8 Uhr im großen Saal der Musikschule. Karten in den üblichen Vorverkaufsstellen. 4933

### Aus der Partei.

#### Jahresversammlung der sozialdemokratischen Studentengruppe.

Die sozialdemokratische Studentengruppe ist eine der jüngsten Organisationen unserer Partei. Die sozialdemokratischen Studenten hatten früher nur eine Organisation, in der sie gemeinsam mit den Kommunisten für ihre Interessen kämpfen mußten. Wie überall in der Arbeiterbewegung, so war auch in dieser Organisation das Zusammenwirken mit den Kommunisten für den Sozialismus nicht gedeßlich. Die zunehmende Tätigkeit der Kommunisten lähmte jede Tätigkeit und der Bruderkampf innerhalb der Organisation bewirkte es, daß schließlich die Werkstätte des Sozialismus an den Hochschulen auf ein Minimum sank.

Diesem Zustande entschlossen sich nun die sozialdemokratischen Studenten ein Ende zu machen. Sie gründeten zu Beginn dieses Jahres im Rahmen der Prager Parteiorganisation eine besondere Studentengruppe. Die Gründung hatte großen Erfolg, neue Mitglieder schlossen sich der eben gegründeten Gruppe an. Es gelang ihr, während des Jahres des vergangenen Schuljahres eine intensive Bildungs- und Organisationsarbeit zu entfalten. Zu Beginn des heutigen Wintersemesters organisierte die Studentengruppe an den Prager Hochschulen eine Werksaktion, deren Erfolg bereits am 2. November abgehaltene Jahresversammlung bewies. Im Bericht zu dieser Versammlung konnte bereits auf eine Verdoppelung der Mitgliederzahl hingewiesen werden. Die Organisation hat sich während des vergangenen Schuljahres sehr getätigt, so daß die Jahresversammlung nicht nur eine umfangreiche Bildungs- und Propagandearbeit als im vergangenen Jahre belästlichen, sondern auch eine ganze Anzahl neuer Tätigkeitsgebiete in Angriff nehmen konnte. Die in der Versammlung gefassten Beschlüsse lassen auf einen glänzenden Aufstieg der Gruppe hoffen, so daß in Kürze die durch die Spaltung herbeigeführte

Schwächung der sozialistischen Studentenbewegung überwunden sein wird.

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag, Mittwoch, den 10. November, abends 8 Uhr, findet im Zimmer der Zentralbildungsstelle, Refektorium 18 III, eine Sitzung der Bezirksverwaltung statt. Vollständiges und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist erforderlich.

### Bereinsnachrichten.



**Z. B. „Die Roten Freunde“.** Prag, Sonntag, 7. November, Wanderung im Moldau-Gebirge. Abmarsch halb 9 Uhr, Endstation Brandl. — Winterport-Exkursion: Die Kontrollkarten können bei der Ertragsgruppenleitung bedoben werden. — Nächster Vereinsabend mit Vortrag der Genossin Drusch am 21. November.

### Turnen und Sport.

#### Vom Arbeiter-Turn- und Sportverband

Genosse Adolf Böhm gestorben. Vom Arbeiter-Turn- und Sportverband erhalten wir folgende Mitteilung: Der frühere Geschäftsführer des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes, Genosse Adolf Böhm, ist am 3. November l. J. verstorben. Die Beerdigung findet am Samstag, den 6. November um 11 Uhr vormittags am Friedhofe der Jirasskauer in Döbr-Bezka statt. Wir bitten alle Genossen, denen es möglich ist, dem Genossen Adolf Böhm die letzte Ehre zu erweisen. Die Teilnehmer mögen in Uniform erscheinen. Beifolge liegt an der Lokalbahnstrecke Bráun-Bezka. Beifolge liegt an der Hauptstraße Bodenbau-Bezka. Abfahrtszeit ab Freitag 6 Uhr 30 Minuten früh. Bei der Rückfahrt erreichen wir Auszug um 5 Uhr nachmittags. Wir bitten alle Turngenossen, die Todesnachricht sofort bekanntzugeben. Mit Freilich! Der Bundeschef.

Herausgeber Dr. Ludmír Čížek  
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Kiehnert.  
Für den Druck verantwortlich: D. Holst.  
Druck: Deutsche Volkswirtschafts-Druckerei Prag.

### KINO-PROGRAMM

Vom 20. Oktober bis 4. November 1926

**Wran Urania-Kino**  
Einziges deutsches Kino Prag. Tel. 4.117  
„Die eiserne Braut“

**LIDO BIO**  
„Der Kurier des Zaren“  
Der größte Film der Welt.

### Wo verkehren wir?

**Café Continental, 3 Prag-Graben**  
**Goldenes Kreuzel, 3 Prag-Neuzantá.**

**Gastwirtschaft „Lidový dům“**  
der Genossenschaft „Ganymed“  
Täglich Konzerte **PRAG II.,** Hybernská Nr. 1.

**Café „Nizza“**  
Kgl. Weinberge, Fochova 27.  
Unser Stammlokal

**Rohrleger**  
zu hohen Akkordblagen gesucht.  
Nordböhmische Wasserbau-Gesellschaft  
m. b. H. Vullig a. E.

**DRUCK- u. VERLAGSANSTALT**  
Gesellschaft m. beschr. Haft.

empfehlenswert sind die p. l. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Beschaffung von Druckschriften wie: Taxen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitteilungen, Einladungen, Plakaten, Flug-schriften, Fakturen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung, Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

**IN TEPLITZ-SCHÖNAU**  
Tischlergasse Nr. 6

Prima erstklassige  
Inferieren Sie im  
**Sozialdemokrat!**

### Der Film.

Wieder ein neues Kino in Prag. Nun wird man sich in Prag bald nicht mehr über zu wenig Kinos beklagen brauchen. Unmittelbar nach der Eröffnung des großartigen Avion-Kinos wurde am Mittwoch, den 27. d. M., auf dem Wenzelsplatz das neue Jubiläum-Kino eröffnet. Dieses neue Sommerkino kann sich wirklich sehen lassen und kann wohl zu den schönsten Kinos Prags gezählt werden. Koch mehr zu loben ist die Tatsache, daß der Reingewinn der „Ersten Hilfe“ in Prag zuzuführen wird. Die Prager Freiwillige Rettungsgesellschaft hat sich bereits auf Konto dessen ein neues Rettungszentrum angeeignet, um ihr humanitäres Werk noch besser ausüben zu können. Die Tatsache, daß Prag in so kurzer Zeit die Zahl seiner Kinos vermehrt hat, zeigt uns, wie beliebt es ist, macht aber auf der anderen Seite den Kinobesitzer zur Pflicht, die Aufgabe, die dem Kino zukommt, zu erfüllen. Es wird immer deutlicher, welche große Zukunft der Film und mit ihm das Kino für die menschliche Kultur hat. Diejenigen, die dieses gewaltige Mittel der Aufführung und Propaganda, die oft hier in Formen gekleidet ist, in denen sie nur schwer zu erkennen ist, in ihren Händen haben, müssen sich ihrer Stellung bewußt sein — Das neue Kino beginnt seine Vorführung mit „dem unbekanntem Soldaten“ (den wir im Blatte bereits besprochen haben). Gleichzeitig wird auch ein Propagandafilm für die Verkehrs- und Behörde vorgeführt. Der Film ist bei weitem nicht so gut wie letzter, der unlängst der letzten Wiener Verkehrsveranstaltung dort geführte wurde, aber wir hoffen, daß er seinen Zweck voll und ganz erfüllen wird und wir begreifen es, daß das Jubiläum-Kino sich gleich zu Beginn seiner Tätigkeit in den Dienst einer guten Sache gestellt hat.

Der Film ist schuld. In den Londoner „Times“ war unlängst eine Beschwerde zu lesen, daß der Film

auf die malatischen Eingeborenen einen schlechten Eindruck ausübte. Der erotische Film habe die Eingeborenen angeblich stark demoralisiert und die Verbrechen vermehren sich. Was wird man dem Film bald nicht noch alles in die Schuhe schieben?

**Politisierung des italienischen Kinos.** Der König von Italien hat ein von Mussolini vorgelegtes Dekret unterzeichnet, in dem angeordnet wird, daß alle italienischen Kinos verpflichtet sind, die von der faschistischen Produktions-Gemeinschaft „Luce“ hergestellten Propaganda-Filme zu spielen. Im Falle der Nichtbeachtung dieser Verordnung wird den Kinobesitzern mit der Enteignung der Lizenz gedroht.

**Rinaldo Rinaldini von heute** wird ein Film heißen, den die Kasse herstellen wird. Luciano Albertini wird die Hauptrolle spielen und das Manuskript schreibt Paul Rosenhagen.

**Henny Portens** neuester Film heißt „Biolantia“, gedreht nach dem Roman „Der Schatzen“ von Ernst Zahn.

**Fairbanks als Cellini.** Valentinos Rolle in dem United Artists-Film „Das Leben des Cellini“ wird von Douglas Fairbanks übernommen werden. Das Filmmanuskript wird demgemäß umgearbeitet und für die weibliche Hauptrolle eine Darstellerin gesucht werden.

**Kuboff Klein-Rogge** wird in dem Film „Mädchenhändler“ — eine internationale Geschichte — in fünf Rollen auftreten.

**Achtung-Volksgas!** bereitet sich ein deutscher Sportfilm, in dem die bekanntesten deutschen Motor- und Rennfahrer Tennisse, Köppen, Burgaller, Gubela und Hed mitwirken. Von Berufschauffeuren wirken Wilm Kaiser, Ludia Potekina und Colerte Bretzel mit.

**Hohe Besteuerung ausländischer Filme in Polen.** Die amerikanische Zeitung „New York Times“ wendet sich in sehr scharfen Ausführungen

gegen die hohe Besteuerung ausländischer Filme in Polen, die im allgemeinen 75 Prozent des Entzugs ausmacht. Nur künstlerisch wertvolle Filme genießen eine Ermäßigung, doch seien bei der Beurteilung alles andere als künstlerische Momente maßgebend. Für polnische Filme werden nur 10 Prozent erhoben, dagegen von Filmen, die als „Sensation“ zu betrachten sind, volle 100 Prozent. Die Entscheidung darüber, was als Sensation zu gelten habe, werde völlig willkürlich getroffen. — Ob diese Ausführungen des amerikanischen Wortes nicht von geschäftlichen Konkurrenzverweide diktiert sind?

**Jannings** wurde in Amerika bei seiner Ankunft herzlich begrüßt. Er beginnt seinen ersten Film unter der Regie von Mauris Stiller Mitte November in Hollywood zu drehen.

**Eisenstein** Amerika-Reise wird von der United Artists bestatigt. Der russische Meisterregisseur wird sich innerhalb der nächsten sechs Monate nach Amerika begeben, um dort für die United Artists einen Großfilm zu drehen. Die Sowjetregierung hat hierzu ihre Erlaubnis erteilt. Eisenstein wird nach der Herstellung des Filmes wieder nach Rußland zurückkehren.

**Ein australischer Film.** Australien hat den ersten Schritt zu einer eigenen Filmproduktion gemacht. Ein in vielen Sprachen übersetzter australischer Roman „Lebenslanglich“ von Maxine Clarke wird von „Australians Films“ in deren Atelier in Sydney verfilmt. Die Hauptrolle spielt Gwa Rowak, eine amerikanische Schöne.

**Roch ein Kriegsfilm,** den diesmal nicht die Amerikaner oder Deutschen, sondern die Japaner auf die Leinwand bringen! Das japanische Kriegsministerium (damit er wahrscheinlich ganz naturgetreu und echt dargestellt wird, dieser herrliche Kriegsgedanke) läßt einen Film drehen mit dem Titel: „Der Kriegsgott, Revut. Commander Tachibana.“